

und deren Mitwirkung an der Gesetzgebung beschränkte, dagegen die ganze staatliche Exekutive – also die Regierungsgewalt und Verwaltung und auch die Rechtsprechung – jeglicher Einflußnahme durch die Volksvertretung entzog. Die Volksvertretung wird dem Staatsapparat übergeordnet und zwar sowohl der Regierung und Verwaltung wie auch der Justiz.

Der Präsident der Republik vertritt die Republik völkerrechtlich, schließt im Namen der Republik Staatsverträge mit auswärtigen Mächten ab, beglaubigt und empfängt die Botschafter und Gesandten. Er wird in gemeinsamer Sitzung von der Volkskammer und der Länderkammer gewählt und kann abberufen werden.

Es gibt in dieser Verfassung auch keinen Staatsgerichtshof, der eine juristische Kontrolle über das Parlament, seine Gesetzgebung und Verwaltungstätigkeit ausüben könnte. Wird die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen der Volkskammer angezweifelt, so werden die Gründe hierfür von einem gemäß dem Artikel 66 des Entwurfes gebildeten Verfassungsausschuß untersucht.

Ebenso ist die Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Regierungs- und Verwaltungsmaßnahmen Aufgabe der Volkskammer, die als das höchste Organ die umfassende Kontrolle der gesamten staatlichen Tätigkeit führt. Es ist mit den höchsten Souveränitätsrechten der Volksvertretung unvereinbar, daß ihre Entscheidungen einer – wie auch immer gearteten – juristischen Kontrolle eines Verfassungsgerichtshofes unterworfen werden.

Es ist ein beliebtes Mittel der Reaktion, im Kampfe gegen die Ausweitung der Rechte des Volkes und die Stellung der Volksvertretung die Justiz vorzuschieben. Man wagt heute noch nicht, offen wieder für die unverhüllte Diktatur eines Reichspräsidenten mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung als Bremse gegen die demokratische Entwicklung einzutreten. Diese Dienste soll heute die Justiz leisten. Bei vielen im Westen ausgearbeiteten Verfassungen soll ein Gerichtshof die letzte entscheidende Instanz über bedeutsame politische Maßnahmen sein.

Eine solche Verfassungsmacherei wird von uns auf das schärfste verworfen. Die Justiz – so wie sie heute noch in Westdeutschland

besteht – ist der geschworene Gegner alles politischen, gesellschaftlichen und sozialen Fortschritts. Mehr als 90 Prozent aller Richter und Staatsanwälte gehörten in der Hitlerzeit der Nazi-partei an. Die deutschen Gerichte in der Epoche der Weimarer Republik, mit dem Reichsgericht an der Spitze, haben die Demokratie nicht gefördert, sondern bekämpft. Es war eine Justiz, die ausschließlich gegen die fortschrittlichen Kräfte des Volkes gerichtet war. Die Verbrechen der deutschen Justiz in der Epoche der Weimarer Republik gegen eben diese Republik haben noch nicht die Beleuchtung gefunden, die sie verdienen. Wir verweisen mit Nachdruck auf diesen Sachverhalt, weil die Justiz, die drüben im Westen wiedererstanden ist und der man nach den westlichen Verfassungsplänen eine so große Machtstellung einräumen will, eben dieselbe Justiz ist, die vor 1933 die Demokratie unterminierte und sich in der Hitlerzeit diesem barbarischen Regime bedingungslos zur Verfügung stellte. Die Justiz muß der Vollstrecker der von der Volksvertretung beschlossenen Gesetze sein, und sie muß in dem Geiste tätig werden, wie das Volk ihn durch sein höchstes Vertretungsorgan, die Volkskammer, äußert. Sie darf keine Macht neben der Volksvertretung sein, sondern ein ihr untergeordnetes Organ. Durch die Verfassung ist darum den Richtern die Machtbefugnis genommen, die Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu prüfen. Sie können, wie jeder Bürger, ihre Bedenken geltend machen; die Prüfung liegt indes bei dem Verfassungsausschuß der Volkskammer und die Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit bei der Volkskammer selbst. Die von ihr erlassenen Gesetze sind für den Richter verbindlich.

Der Richter darf die ihm gewährte Unabhängigkeit in der Rechtsprechung nicht dazu ausnutzen, eine gegen die Interessen der Demokratie gerichtete Rechtsprechung zu entwickeln. Der Volksvertretung bleibt es vorbehalten, unter gewissen Voraussetzungen Richter abzuernennen, die ihre Pflichten verletzen.

Ich wiederhole, Recht und Macht des Volkes auf die Gestaltung des staatlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Ganzen sind der Grundstock des vorliegenden Verfassungsent-

wurfes. Demokratie kann es nur in einem souveränen Staatswesen geben, Demokratie kann nur dort sein, wo Freiheit ist, Freiheit für die Gestaltung des Staates, Freiheit von der Bindung durch überalterte Organisationsformen.

Dies ist das demokratische Staatswesen, zu dessen Gründung uns im Potsdamer Abkommen die Tore geöffnet wurden, und jeder deutsche Demokrat hat damals dankbaren Herzens dieser Beschlüsse gedacht, die sich auch zu unserem Besten auswirken müssen, weil sie uns das Recht auf die Gestaltung eines demokratischen Staatswesens eröffnen, das Recht zur Konstituierung eines souveränen Staates, nach dem wir Deutsche Herr in unserem eigenen Lande, Herr über unsere eigenen wirtschaftlichen Machtquellen sein sollen. Das Recht aller Völker auf Selbstgestaltung ihres nationalen Daseins wurde uns hier zuerkannt.

### *Die Bonner Verfassung – das Statut eines Vasallenstaates*

Aber wir wissen, daß dies dem deutschen Volke in einem großen Teil Deutschlands versagt ist. Die Westalliierten gingen dazu über, auf dem Territorium ihrer Besatzungszone einen separaten westdeutschen Staat, ihren Vasallenstaat, zu schaffen. Der in Bonn gebrauchte Entwurf einer Verfassung ist das Statut dieses Vasallenstaates.

Dem deutschen Volke sollen mit dieser Verfassung alle seine souveränen Rechte genommen und die demokratischen Institutionen in einer Weise beschnitten werden, die sogar die Weimarer Verfassung weit hinter sich läßt und ihresgleichen in dem Bismarckschen Reiche findet. Die Volksvertretung der in Bonn geplanten Verfassung ist ebenso machtlos, wie sie dies im deutschen Kaiserreich war. Sie steht unter dem Stiefel der westlichen Besatzungsmächte. Im diametralen Gegensatz zu der in dem vorliegenden Verfassungsentwurf herausgearbeiteten zentralen Machtstellung der Volksvertretung ist die im Bonner Entwurf geplante Volksvertretung völlig machtlos. Sie kann weder entscheidend in die

Verwaltung eingreifen, noch hat sie irgendwelchen Einfluß auf die Justiz. Die Justiz hat vielmehr im Gegenteil Kontrollbefugnisse über die Volksvertretung, indem sie einen entscheidenden Einfluß im Verfassungsgerichtshof hat.

Vor allem aber kann die deutsche Volksvertretung keinerlei Rechte auf die Wirtschaftsgestaltung geltend machen. Die gesamte Wirtschaft ist eine ihrer Kompetenz entrückte Machtsphäre. Daß diese Beugung der Volksvertretung unter die herrschenden wirtschaftlichen Zustände ihre völlige Entmachtung ist, versteht sich am Rande; denn wie kann heute von irgendwelchen souveränen Rechten eines Volkes die Rede sein, wenn das ganze Gebiet der Wirtschaft, die der Lebensquell und das Fundament des Daseins seiner Bürger ist, sich in fremden Händen befindet und hier die eigene Volksvertretung nichts zu bestimmen hat.

Aber auch die fundamentalsten Freiheiten und Menschenrechte werden hier dem deutschen Menschen genommen, das Recht auf die Gestaltung seines Staates. Der „Ausschuß für Grundrechtsfragen“ des Bonner Staates hat es unlängst für notwendig gehalten, um die Bevölkerung Westdeutschlands für sein Verfassungswerk zu interessieren, den Grundrechtsteil der zukünftigen deutschen Verfassung zu veröffentlichen. Ein äußerst charakteristisches Machwerk. In einem breiten Schwall schöner Reden und Phrasen wird hier die persönliche Freiheit garantiert, und es werden alle jene liberalen Freiheitsrechte aufgezählt, die seit Jahrhunderten—mindestens seit der Französischen Revolution—zu dem Allgemeingut der zivilisierten Menschheit gehören. Man mag gewiß für die Ausführlichkeit, mit der alles dargelegt ist, den Verfassern Dank abstaten. Wir möchten es uns aber zugleich erlauben, die Herren in Bonn darauf hinzuweisen, was sie unter den Grundrechten des deutschen Volkes—insbesondere des werktätigen Volkes—zu kodifizieren unterlassen haben. Hinsichtlich des Rechts des werktätigen Volkes wird in diesen Grundrechten nur von dem Recht gesprochen, „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden“. Das Koalitionsrecht ist hier aber keineswegs soweit verfassungs-

mäßig gewährleistet, wie es selbst noch in der Weimarer Verfassung war. Diese erkannte auch den Streik an, so daß das Streikverbot verfassungswidrig war. Die Grundrechte von Bonn, bezeichnenderweise überschrieben mit „Menschenwürde und Staatsautorität“, heben diese verfassungsrechtliche Garantierung des Streikrechts auf, indem sie bestimmen, „das Streikrecht wird im Rahmen der Gesetze anerkannt“, was nichts anderes heißt, als daß der Streik beliebig durch Gesetz ausgeschlossen werden kann. Diese einzige Bestimmung des Rechtes der Werktätigen raubt ihnen sogar noch ihre alte, längst erkämpfte Freiheit, das Streikrecht. Aber wir fragen die Herren in Bonn, wo sind die anderen sozialen Grundrechte des arbeitenden Volkes? Gehören sie nicht zur Menschenwürde? Wo ist das Recht der Volksvertretung auf Gestaltung des wirtschaftlichen Ganzen, wo ist die Verpflichtung der Staatsmacht, durch Wirtschaftslenkung dafür Sorge zu tragen, daß jedem ein menschenwürdiges Dasein gesichert ist? Wo ist das Recht des Arbeiters auf Arbeit, auf Urlaub, auf Erholung, auf Versorgung bei Krankheit und im Alter? Wo ist das Recht der Arbeiter und Angestellten auf Mitbestimmung bei der Produktion, der Lohn- und der Arbeitsbedingungen? Kein Wort von alledem und gleichwohl so viel Gerede von der „Menschenwürde“. Aber hier wird das eigentliche Wesen dieser Verfassung sichtbar. Der Auftrag an die Herren von Bonn lautete, eine Verfassung zu schaffen, die die wirtschaftliche Machtposition der ausländischen Monopolisten in Deutschland vor den Angriffen des deutschen Volkes schützen und die dem deutschen Volke alle Wege des Einflusses auf seine eigene Lebensgestaltung, auf die Gestaltung eines freien demokratischen Staatswesens abschneiden soll.

*Einheit, Frieden und demokratischer Fortschritt!*

Man glaubt durch das, was man sagt, über das, was man will, hinwegtäuschen zu können. Nun, das wird ihnen nicht gelingen. Wir werden das deutsche Volk unaufhaltsam darüber aufklären,

was zu seinen Mindestrechten als Menschen und Bürger gehört, auf welche Rechte ihm die internationalen Verträge und Abmachungen von Jalta und Potsdam einen Anspruch geben. Wir werden ihm zeigen, welchen Weg es gehen muß, um aus dem Zustand der Unfreiheit herauszukommen und eine freie, demokratische und friedliche Nation zu werden. Wir werden unserem Volke zeigen müssen, wie die Westmächte sich in ihrer Deutschlandpolitik einzig und allein von den Interessen des imperialistischen Monopolkapitals leiten lassen. Ihre eigenen Beschlüsse zerreißen sie ebenso unbedenklich wie einen Fetzen Papier, wie sie internationale Abmachungen und das Völkerrecht mit Füßen treten.

Wie auch immer der Ausgang in Bonn sein mag, in welchen Formen man es auch versuchen wird, Deutschland zu spalten und dort im Westen zu versklaven — es wird ein vergeblicher Versuch sein. Das deutsche Volk wird sich sein Recht erkämpfen, sein Recht auf eine ungeteilte deutsche Republik. Es wird ein Volk freier, friedliebender Bürger werden, in dem jeder am Ganzen mitarbeitet unter einer Verfassung und in einem Staat, der, wie in dieser Verfassung, auf seine Fahnen schreibt: „Die Staatsgewalt muß dem Wohle des Volkes, der Freiheit, dem Frieden und dem demokratischen Fortschritt dienen.“

## Die westlichen Besatzungsmächte zerreißen Berlin

*1. November 1948*

Der von den Westmächten unternommene Versuch, den Sicherheitsrat und die Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen für die Herbeiführung einer Lösung der Berliner Frage einzusetzen, konnte keinen Erfolg haben.

Die Berliner Frage berührt auf das engste das gesamte deutsche Problem und fordert von den Unterzeichnern des Potsdamer Abkommens, daß sie sich wieder zusammenfinden, die strittigen Fragen regeln und damit den Weg zur schnellsten Lösung des demokratischen Friedens mit Deutschland frei machen. Ein solcher Weg setzt freilich voraus, daß der Rat der Außenminister seine Funktion wieder aufnimmt. Aus dem Munde des Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungszone, Marschall Sokolowskis, hat die Öffentlichkeit bereits davon Kenntnis erhalten, daß die Moskauer Besprechungen sehr wohl geeignet waren, den gegenwärtigen Zustand in Berlin aufzuheben. Auch die von der Sowjetregierung an die Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen in Berlin gerichtete Direktive vom 30. August bot die Möglichkeit einer solchen Regelung, ebenso das Abkommen der Vertreter der vier Großmächte, das in den Pariser Beratungen unter dem Vorsitz Bramuglias erreicht wurde.

Wenn die Westmächte diese Gelegenheiten unausgenutzt ließen und unter fadenscheinigen Gründen die Berliner Besprechungen der Oberbefehlshaber der vier Zonen abbrachen, dann rechtfertigt dieses Verhalten die Behauptung, daß einflußreiche Kreise der Westmächte keine Lösung des Deutschlandproblems wünschen, die den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz entspricht.

Die Annahme der von den Vertretern der Sowjetunion unterbreiteten Vorschläge hätte mit einem Schlage die Legende von der „Blockade Berlins“ zunichte gemacht, die angeblich die Westmächte zur Schaffung der sogenannten Luftbrücke zwang. Der Verkehr nach Berlin sollte entsprechend diesen Vorschlägen sofort aufgenommen, die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank für ganz Berlin als alleinige Währung anerkannt und der Handelsverkehr mit den westlichen Besatzungszonen in übersichtliche und allen Ansprüchen genügende Bahnen gelenkt werden. Dieses Ergebnis hätte eine Beachtung der von den Vertretern der vier Regierungen in Moskau vereinbarten Direktive zur Folge gehabt. Bestimmte Kreise der Westmächte haben aber an einer Beilegung der von ihnen selbst provozierten „Berliner Frage“ offensichtlich kein Interesse. Sie sind vielmehr bestrebt, die „Berliner Krise“ mit allen Mitteln zu verlängern und zu verschärfen.

Nachdem die Westmächte die Berliner Besprechungen der Oberbefehlshaber zum Scheitern gebracht hatten, umgingen sie entschlossen den für die Lösung der deutschen Frage allein zuständigen Außenministerrat. Zur Begründung dieses Manövers bedienen sich die Westmächte des verlogenen Arguments, daß die Westberliner Bevölkerung einer Hungerblockade ausgesetzt sei. Tatsächlich ist diese Blockade eine reine Erfindung der Westmächte. Es ist bekannt, daß die Sowjetunion für Berlin 100000 Tonnen Getreide, über 10000 Tonnen Fette, Heizmaterial und andere Gebrauchsgüter bereitgestellt hat. Aus den Ländern der Volksdemokratie werden Frischfleisch, Fische, Eier, Kartoffeln und anderes eingeführt. Damit ist die Versorgung der gesamten Berliner Bevölkerung gesichert. Der Westberliner Wirtschaft bietet sich durch Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaftskommission, der für die sowjetische Besatzungszone und für den sowjetischen Sektor Berlins maßgebenden Wirtschaftsbehörde, die Möglichkeit zur unbehinderten Fortsetzung ihrer Tätigkeit.

Daß von diesen Möglichkeiten kein Gebrauch gemacht wird, ist in erster Linie eine Folge der politischen Hetzkampagne der reaktionären anglo-amerikanischen Kreise. Die westlichen Be-

satzungsbehörden hindern die Bewohner ihrer Sektoren, die sowjetischerseits angebotenen Versorgungsmöglichkeiten zu beanspruchen. Geradezu verbrecherisch ist auch das Verhalten der Berliner Stadtverwaltung, die alles tut, um die Lage noch zu verschärfen. Der Widerstand des den westlichen Besatzungsbehörden hörigen Berliner Magistrats führte dazu, daß die Bevölkerung der westlichen Sektoren der Möglichkeit beraubt wurde, unmittelbar in den Läden der westlichen Sektoren mit den von der Sowjetunion bereitgestellten Lebensmitteln und anderen Gebrauchsgütern versorgt zu werden. Die von den westlichen Besatzungsmächten erfundene „Luftbrücke“ ist eine absolut überflüssige und lediglich demagogische Maßnahme, die keineswegs Berlin versorgen kann und obendrein das deutsche Volk mit nicht geringen Kosten belastet.

Die Politik der Westmächte in der „Berliner Frage“ erklärt sich vor allem durch ihr imperialistisches Verhalten gegenüber Deutschland und seiner Nachkriegsgestaltung. Die Durchführung der in Jalta und Potsdam getroffenen Vereinbarungen ist von den Westmächten längst preisgegeben worden. Anstatt der Sowjetunion nachzueifern, die in ihrer Besatzungszone durch Boden- und Schulreform, durch Bestrafung der Kriegsverbrecher und Enteignung ihrer Betriebe, durch Entnazifizierung und Entmilitarisierung die Voraussetzungen für die Errichtung eines demokratischen Staates und für eine künftige friedliche Politik geschaffen hat, gehen sie den Weg der Wiederherstellung des deutschen Imperialismus und Militarismus, den Weg des Verzichts auf die Beschlüsse von Jalta und Potsdam. Dies beweisen alle Maßnahmen der Westmächte. Am 9. Oktober 1948 schrieb die Londoner „Times“ folgendes darüber:

„Die Besatzungsmächte haben wenig getan, um die Grundlagen des Gesellschaftsaufbaus in Westdeutschland zu ändern oder die herrschenden Gruppen ernstlich zu schwächen, die Hitler erst begrüßten, dann ihm dienten und sich erst im letzten Moment gegen ihn wandten. Kohle und Stahl sind nicht verstaatlicht worden, der Beamtenstand und die Verwaltung blieben in vielen Fällen unverändert.“

Heute stehen die imperialistischen Kräfte der Westmächte im Bunde mit der sich erhebenden deutschen Reaktion. Sie hetzen die Deutschen gegen die Sowjetunion, entfesseln die Kriegslust und die Revanchegelüste und treiben eine Verleumdungskampagne, die ihrem Ausmaße und ihrer Verlogenheit nach beispiellos ist.

Die deutsche Großbourgeoisie hat die nationalen Interessen Deutschlands verraten. Sie stellt sich auf die Seite des anglo-amerikanischen Monopolkapitals und unterstützt die auf die Spaltung Deutschlands gerichtete Politik der Westmächte. Die bürgerlichen Parteien der westlichen Besatzungszonen und die rechten Sozialdemokraten mit Schumacher an der Spitze haben die Staatsinteressen Deutschlands preisgegeben. Sie bilden die Leibgarde der Großbourgeoisie und sehen ihre Hauptaufgabe darin, zu verhindern, daß das deutsche Volk die Wirklichkeit der Lage des Landes erkenne. Keine der zahlreichen Maßnahmen der Westmächte, die der Einheit entgegenwirkten, führte zu einem Protest dieser Kreise. Sie bekämpfen vielmehr die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgelöste Bewegung für einen Deutschen Volkskongreß und schwächen den bereits eingeleiteten Kampf der Werktätigen um die deutsche Einheit und für einen gerechten Frieden. Sie fördern aber alle bi- und trizonesischen Pläne und nahmen die Empfehlungen der Londoner Sechsmächtekonferenz, durch deren Verwirklichung die Spaltung Deutschlands zur Tatsache wurde, ohne jeden Protest hin.

Die separate Währungsreform der Westmächte, die den entscheidenden Schritt zur Aufteilung Deutschlands darstellt und dem Potsdamer Abkommen, das die wirtschaftliche Einheit Deutschlands vorsieht, diametral entgegensteht, wurde von der deutschen Großbourgeoisie und ihren Gefolgsleuten begrüßt und unterstützt.

Die Konzernherren tragen dazu bei, das Ruhrgebiet in eine kriegswirtschaftliche Basis für die aggressive Politik des amerikanischen Imperialismus zu verwandeln. So entspricht es ihren egoistischen Interessen. Diese Politik der Westmächte unterstützend, stellt die Großbourgeoisie mit ihren sozialdemokratischen La-

kaien, wie schon immer, die Interessen der Monopolisten über die nationalen deutschen Interessen.

In Berlin spiegelt sich die Hetze der monopolkapitalistischen Interessenten am stärksten wider. Der Inhalt der von den westlichen Besatzungsmächten lizenzierten Presse ist eine unbeschreibliche Lügenflut und stellt die Goebbelssche Lügenmaschine in den Schatten. Jede Behauptung, sofern sie sich nur gegen die Sowjetunion oder gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands richtet, kommt in diesen kläglichen Blättern zum Abdruck. Sie scheuen kein Mittel, wenn es gegen die Sowjetunion und gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gerichtet ist. Die reaktionären Kreise bemühen sich, die Schuld für das Bestehen zweier Währungen und die daraus entstehenden Schwierigkeiten auf die sowjetische Besatzungsmacht abzuwälzen. Sie versuchen die bekannte Tatsache zu leugnen, daß die B-Mark in Berlin von den Westmächten eingeführt wurde, um die Währung und die Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone zu diskreditieren, zu untergraben und schließlich zu ruinieren.

Durch das eigenmächtige Vorgehen der Westmächte bei der Durchführung der separaten Währungsreform für die westlichen Besatzungszonen wurden die sowjetischen Besatzungsbehörden gezwungen, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, um das Einfluten der alten Geldscheine in die sowjetische Besatzungszone und nach Berlin zu verhindern. Wirtschaftspolitiker haben die von der sowjetischen Besatzungsbehörde getroffenen Anordnungen als eine selbstverständlich notwendige und vollberechtigte Abwehrmaßnahme anerkannt.

Die Werktätigen Berlins durchschauen immer mehr das Wesen der Spaltungspläne der anglo-amerikanischen Imperialisten und ihrer deutschen Gefolgsleute. Sie erkennen immer deutlicher, daß für die Westmächte Berlin lediglich als Störungsfaktor gegen den demokratischen Aufbau in der gesamten sowjetischen Besatzungszone und im sowjetischen Sektor der Stadt von Wichtigkeit ist.

Die Maßnahmen der Westmächte, die in Berlin den Zusammen-

schluß der Sozialdemokraten und der Kommunisten zu einer einheitlichen Arbeiterpartei verhinderten und die zur Anerkennung der Unternehmerverbände in Westberlin führten, gehen konsequent auf eine Zerreißung Berlins hinaus. Sie spalten die Verwaltung, die Parteien, die Gewerkschaften, das kulturelle Leben, die Frauen- und Jugendbewegung und sogar die Berliner Polizei. Es ist nicht zu bezweifeln, daß auch systematisch auf die Schaffung eines Berliner Westmagistrats hingearbeitet wird. Die Berliner Führung der rechten Sozialdemokraten entwickelt hierbei eine besondere Aktivität. Sie verlegt die Tagungen der Berliner Stadtverordnetenversammlung aus dem sowjetischen Sektor in den Sektor einer westlichen Besatzungsmacht. Ohne die Abgeordneten der werktätigen Bevölkerung faßt sie „einstimmige“ Beschlüsse und entsendet Delegationen zu den Spalterkonferenzen in Frankfurt und Bonn. Diese „Abgeordneten“ verschließen die Augen vor der Tatsache, daß Berlin im Mittelpunkt der sowjetischen Besatzungszone liegt. Sie geben sich illusionären Hoffnungen hin, daß sie mit Hilfe der antisowjetischen Propaganda imstande wären, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Berlin oder zumindest seinen westlichen Teil dem westdeutschen Staat einzuverleiben. Die rechten Sozialdemokraten haben kein Ohr für die zunehmende Not unter der Bevölkerung der Westberliner Sektoren. Sie tun alles, um die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen Berlins mit der sowjetischen Besatzungszone und mit den Volksdemokratien zu verhindern. Sie betreiben eine rasende chauvinistische Propaganda und Pogromhetze gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

Diese Hetze geht zum offenen Terror, zu Maßregelungen, willkürlichen Verhaftungen und offenkundigen Rechtsbeugungen über. Unter der Parole „Berlin ist einen Krieg wert“ treiben die Feinde der Werktätigen eine unverhüllte Kriegspropaganda, die bereits zu blutigen Provokationen gegen die Polizeiorgane sowie gegen die sowjetische Besatzungsmacht ausartet. Ihr blindwütiger Haß gegen die Sowjetunion und die internationale kommunistische Bewegung läßt sie ohne Rücksicht auf das Lebensinteresse

der Berliner Werktätigen die Spaltung Deutschlands und die Zerreißung Berlins unterstützen. Ihr nächstes Ziel ist, Berlin in einen Brückenkopf des Krieges gegen die Sowjetunion und die Volkdemokratien zu verwandeln.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands führt den Kampf gegen die aggressive Politik der in- und ausländischen Imperialisten und ihrer Lakaien mit aller Schärfe. Nur durch Verstärkung dieses Kampfes wird die deutsche Arbeiterklasse imstande sein, alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte des Landes zu vereinigen und sie zur Offensive für die Errichtung eines demokratischen Deutschlands und für seine demokratische Entwicklung zu führen.

## Die Partei muß führen

*November 1948*

Der Parteivorstand der SED beschäftigte sich auf seinen drei letzten Tagungen mit dem Zweijahrplan, mit den Lehren der Novemberrevolution und mit der Entschließung des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien über die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens und ihre Lehren für die SED. Nach eingehenden Erörterungen wurden vom Parteivorstand einstimmig Beschlüsse gefaßt, durch die die taktische und strategische Linie der Partei in der gegenwärtigen Periode der Festigung und des Ausbaus der demokratischen Ordnung festgelegt wurde. Diese Beschlüsse sind für die organisatorische und ideologische Festigung der Partei von entscheidender Bedeutung. Sie bestimmen aber zugleich auch maßgeblich die wirtschaftliche und politische Entwicklung in der Ostzone, da es sich um die Beschlüsse der größten und führenden Partei der Ostzone handelt.

### *Der Zweijahrplan*

Mit der Verkündung des Zweijahrplans hat in der Ostzone die neue Phase des Aufbaus der Friedenswirtschaft begonnen. Die notwendigen Voraussetzungen und Sicherungen für diese neue Entwicklungsphase wurden durch die grundlegenden Maßnahmen in Wirtschaft und Verwaltung geschaffen, die unter dem maßgeblichen Einfluß der SED das gemeinsame Werk aller fortschrittlich-demokratischen Kräfte der Ostzone darstellen. Die Anerkennung

dieser gemeinsam errungenen Grundlage des demokratischen Neuaufbaus ist die unabdingbare Voraussetzung für das Recht jeder Partei und Massenorganisation, in der sowjetischen Besatzungszone mitzuarbeiten und die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Ostzone mitgestalten zu helfen.

Der Zweijahrplan wird verwirklicht in dem Teil Deutschlands, wo zum ersten Male in der deutschen Geschichte die Wirtschaft dem ungehemmten Profitstreben der Kapitalisten entzogen und der Mißbrauch der Wirtschaft für kriegerische Zwecke machtlüsterner Monopolisten beseitigt ist, wo eine planvoll gelenkte Friedenswirtschaft, allein von den Lebensinteressen des Volkes bestimmt, vom Volk selbst durchgeführt wird. Im Gegensatz zum Marshallplan führt der von der SED ausgearbeitete Zweijahrplan nicht zur Verschuldung an den amerikanischen Imperialismus und damit zum Verlust der Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaft, sondern der deutsche Plan des Neuaufbaus mobilisiert die eigenen Kräfte unseres Volkes zur Selbsthilfe. Durch ihn sichern sich die Werktätigen das Recht auf Arbeit, überwinden die verhängnisvollen Krisen und ermöglichen die Verbesserung ihrer materiellen Lage.

Der Zweijahrplan ist nach eingehenden Beratungen vom Plenum der Deutschen Wirtschaftskommission als Arbeitsgrundlage angenommen worden. Nunmehr sind die im Plan aufgestellten Planziele in den einzelnen Hauptverwaltungen der Wirtschaft zu realisieren. Die Kraft der ganzen Zone, der Wille aller Parteien und Organisationen, der Einsatz jedes Betriebes, jeder Verwaltung und jedes Dorfes und die Mithilfe jedes einzelnen müssen nunmehr mobilisiert werden, damit wir uns mit der Verwirklichung dieses Planes den Weg zu einer gesunden exportfähigen Friedenswirtschaft frei machen. Die Partei als Avantgarde hat die große Aufgabe, die Arbeiterklasse, die werktätigen Bauern und die fortschrittliche Intelligenz an dieses große Werk heranzuführen und bei der Lösung der wirtschaftlichen und organisatorischen Aufgaben klar und überzeugend zu leiten.

Die Aufnahme des Zweijahrplans bei der Bevölkerung zeigt,

daß bis auf eine kleine Minderheit des rechten Flügels der LDP die Parteien und Massenorganisationen, besonders aber die Arbeiter und Angestellten, den Plan als den einzig möglichen und gangbaren Weg zum Neuaufbau unserer Wirtschaft begrüßen. In vielen Beratungen in den Betrieben, Verwaltungen und auf dem Dorfe werden die Fragen der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Vereinfachung des Arbeitsganges, der Einsparung von Rohstoffen, der Steigerung der Erträge und der Übererfüllung des Planes erörtert. Zweifellos ist eine große Aktivierung der Kräfte durch den Plan bisher zu verzeichnen. Jedoch muß festgestellt werden, daß noch nicht alle Möglichkeiten der Propaganda, der Aufklärung und der Aktivierung ausgenutzt werden, daß noch nicht alle Kräfte eingespannt sind, die zum Gelingen des Zweijahrplans notwendig sind.

Hier hat die Partei ihre Kritik anzusetzen. Einzelne Leitungen der Partei, der Gewerkschaften und besonders der VdgB arbeiten mechanisch und bürokratisch. Sie sind sich noch nicht voll bewußt, welche schwere Aufgabe die Realisierung des Planes darstellt und welche praktischen Folgen sich für die Arbeit der Partei daraus ergeben, daß sie als die fortschrittlichste und stärkste Kraft in der Ostzone die Führung in Wirtschaft und Verwaltung übernommen hat. Einzelne Parteileitungen müssen ihre Arbeitsmethoden ändern, sie müssen nach konkreten Arbeitsplänen bei der Lösung der wirtschaftlichen und organisatorischen Aufgaben, die sich nach dem Plan für ihren Wirkungsbereich ergeben, tatsächlich leiten. Das setzt Kenntnis des Planes, Information über den Stand seiner örtlichen Entwicklung, Einsicht in die zu treffenden Maßnahmen seiner Weiterführung, engste Zusammenarbeit mit den Funktionären im Wirtschafts- und Staatsapparat, bestimmenden Einfluß auf ihre Arbeitsmethoden, ihr Arbeitstempo und die Entwicklung eines eigenen operativen Arbeitsstils voraus. Die Partei führt, das gilt für jeden Funktionär der Partei in der Verwaltung und Wirtschaft bis zum Ministerpräsidenten.

Die Volksausschüsse müssen mehr als bisher eingeschaltet werden. Die Gewerkschaften, die VdgB müssen in den unteren Ein-

heiten stärkere Initiative entwickeln. Die Aktivistenbewegung als die vorwärtstreibende Kraft muß den größtmöglichen Umfang annehmen. Die Zusammenarbeit zwischen Aktivisten und der fortschrittlichen Intelligenz ist zu fördern. Die Entwicklung einer neuen technischen Intelligenz aus den Reihen der Arbeiterklasse muß forciert werden. Auf dem Dorfe sind die Maschinenausleihstationen als tatkräftige Hilfe für die Mittel- und Kleinbauern zu verstärken. Bei der Lösung der vielen Aufgaben, die sich aus der Konkretisierung des Planes ergeben, muß die Partei, unbeschadet der Würdigung ihrer bisher erzielten Erfolge, mehr noch als bisher die Kraft entwickeln, organisatorisch und ideologisch die Werktätigen zu führen. Die Partei muß der Bevölkerung zeigen, daß das Mitglied und der Funktionär unserer Partei die aktivste Kraft bei der Überwindung von Schwierigkeiten, bei der Sicherung der Ernährung und der materiellen Bedürfnisse der Werktätigen durch die Erfüllung des Zweijahrplans ist.

### *Verschärfung des Klassenkampfes*

Die große wirtschaftliche und politische Bedeutung des Zweijahrplans wird von den in- und ausländischen Gegnern der demokratischen Erneuerung in der sowjetischen Besatzungszone genau erkannt. Diese reaktionären Kräfte haben das größte Interesse daran, den Plan zu Fall zu bringen und die aus seiner Realisierung sich ergebende werbende Kraft auf die Arbeitermassen in Westdeutschland zu verhindern, die unter den Folgen der privatkapitalistischen Wirtschafts-anarchie in den Westzonen zu leiden haben. Wir müssen deshalb klar erkennen, daß auch in der Ostzone eine Verschärfung des Klassenkampfes begonnen hat, der die Wachsamkeit und den entschlossenen Widerstand der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte verlangt. Wir müssen deshalb schärfstens der unmarxistischen Auffassung auch in unseren eigenen Reihen entgegenreten, die meint, daß nach der demokratischen Umwälzung in der Ostzone der Klassenkampf sich

immer mehr abschwäche und der friedliche, kampflöse Weg zum Sozialismus beschritten werden könne. Diese opportunistische Einschätzung der Klassenlage ist falsch und gefährlich, da sie den Kampfeswillen der Arbeiterklasse schwächt und dem Klassengegner bei der Durchführung seiner reaktionären Pläne Vorschub leistet.

Die zunehmende Verschärfung des Klassenkampfes in der Ostzone bestätigt die alte Erfahrung der Arbeiterklasse, daß der Klassegegner nach Verlust wichtiger Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung nicht kampflös abtritt, sondern daß er seine Anstrengungen verdoppelt, um von den belassenen Positionen her die verlorenen Einflußgebiete zurückzuerobern, die Macht der Arbeiterklasse wieder zurückzudrängen und schließlich zu beseitigen. Dieser Kampf der Reaktion ist auch in den Volksdemokratien zu beobachten, er hat aber für die Arbeiterklasse in der Ostzone ein noch schwereres Gewicht, da hier die verbliebenen Reste der Reaktion von ihren junkerlichen und monopolistischen Freunden aus Westdeutschland und von den ausländischen Imperialisten der westlichen Demokratien unterstützt werden. Es ist deshalb falsch, in den Wirtschaftssabotageakten in Glauchau und Meerane nur die Verfehlung eines einzelnen Unternehmers zu sehen, vielmehr handelt es sich hier um den wohlorganisierten, klar und kalt durchdachten Klassenkampf der Unternehmer in einem bestimmten Industriezweig, in dem der Anteil des Privatkapitals gegenwärtig noch 70 Prozent der Bruttoproduktion beträgt. In engster Zusammenarbeit mit der wiedererstandenen Reaktion in Westdeutschland versuchen die kapitalistischen und reaktionären Kräfte in der Ostzone, durch Wirtschaftssabotage, Schwarzhandel, Desorganisierung der Verwaltung, durch ihren Kampf gegen die volkseigenen Betriebe, durch Einbau reaktionärer Elemente in die Wirtschafts- und Staatsverwaltung, durch Schwächung der Maschinenausleihstationen, durch Stärkung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses der Großbauern und durch viele andere Methoden die Planerfüllung zu verhindern. Angesichts dieser Tatsachen ist es unverständlich, wie man von

einer Verminderung der Klassenkämpfe bei uns sprechen kann. Der Klassenkampf hat sich nur verlagert, der Klassegegner wendet verstecktere aber um so gefährlichere Methoden an. Treffend kennzeichnet Stalin die Verschärfung des Klassenkampfes in der Periode des Übergangs folgendermaßen:

„Die untergehenden Klassen leisten nicht deshalb Widerstand, weil sie stärker geworden sind als wir, sondern weil der Sozialismus schneller wächst als sie und sie schwächer werden als wir. Und gerade deshalb, weil sie schwächer werden, wittern sie die letzten Tage ihres Daseins und sind gezwungen, mit allen Kräften, mit allen Mitteln Widerstand zu leisten.“<sup>1</sup>

Die erhöhte Wachsamkeit der kürzlich geschaffenen Zentralen Landes- und Kreiskontrollkommissionen durch die Deutsche Wirtschaftskommission, der Ausbau, die Koordinierung und Aktivierung der Volkskontrollausschüsse und die gesteigerte und organisierte Wachsamkeit der Partei-, Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen müssen die entschiedene Antwort der Werktätigen auf den Kampf der Reaktion gegen die demokratische Ordnung in der Ostzone sein.

### *Unser Verhältnis zur Sowjetunion und zu den Volksdemokratien*

In dem Kampf um die Festigung und den Ausbau der demokratischen Ordnung steht unsere Partei mit ihren Verbündeten, den werktätigen Bauern, der fortschrittlichen Intelligenz und den demokratischen Kreisen des Mittelstandes, nicht ohne Hilfe. Der Kampf unserer Partei als der fortschrittlichsten Kraft der Arbeiterklasse Deutschlands um die demokratische Erneuerung unseres Landes, um die Vernichtung des kriegstreiberischen deutschen Imperialismus und um die Wiederherstellung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands, dieser unser Kampf bringt uns an die Seite der größten demokratischen Friedensmacht der Welt, der

<sup>1</sup> J. Stalin, „Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B)“; „Fragen des Leninismus“, S. 283.

Sowjetunion und der mit ihr engstens verbundenen Volksdemokratien. Ohne den Sieg der Sowjetunion gäbe es keine Volksdemokratien in Europa, ohne die Hilfe der Sowjetarmee und der sowjetischen Verwaltung hätte die deutsche Arbeiterklasse nicht wenigstens in einem Teile Deutschlands die faschistischen und reaktionären Kräfte beseitigen und die festen Fundamente für eine demokratische und fortschrittliche Entwicklung legen können. Ohne das Vorhandensein der Sowjetunion und ohne ihren Kampf um den Frieden und die Demokratie gegen den westlichen Imperialismus stünde auch die Arbeiterklasse in Westdeutschland gegen den Ansturm der in- und ausländischen kapitalistischen Kräfte auf isoliertem Posten. Die sowjetische Besatzungszone unter anglo-amerikanischer Besatzung, das hätte bedeutet: Keine Bodenreform, keine Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, keinen Neuaufbau einer demokratischen Verwaltung und keinen Zweijahresplan, sondern Wiederherstellung der kapitalistischen Ausbeutung, Verschuldung der Wirtschaft an das amerikanische Monopolkapital und Verzicht auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit, Wiedereinsetzung der alten Wehrwirtschaftsführer, Einbeziehung dieses Gebietes in die kriegerischen Aufmarschpläne der westlichen Generalstäbe, Stärkung der reaktionären Kräfte in Wirtschaft, Verwaltung und Justiz, Mißachtung der Rechte der Arbeiterklasse, Unterdrückung jedes fortschrittlichen, sozialistischen Wollens, kurz – Rückschritt, Kolonisierung und Ausbeutung.

Es ist notwendig, diese unumstößlichen Tatsachen in der Partei klar und eindeutig herauszustellen, damit jedes Mitglied erkennt und bejaht, daß unsere Partei bei der Durchführung des Wirtschaftsplans und ihrer Gesamtpolitik eindeutig und ohne Rückhalt im Kampf um den Frieden, Demokratie und Sozialismus nur an der Seite der Sowjetunion und der Volksdemokratien stehen kann. Jede andere Entscheidung bedeutet Verzicht auf die nationalen Interessen unseres Volkes, bedeutet Verzicht auf die einzige Kraft, die gewillt und fähig ist, der deutschen Arbeiterklasse in ihrem Ringen um die Verwirklichung des Sozialismus mit erfahrenem Rat und mit der Tat zur Seite zu stehen.

Wir müssen uns auch in der Partei von der nationalistischen Verkrampfung befreien und uns bewußt machen, daß die Verwirklichung der wahren nationalen Interessen unseres Volkes, die auf die Sicherung des Friedens, auf die Einheit Deutschlands und auf die Errichtung einer fortschrittlichen Demokratie gerichtet sind, zutiefst mit dem Wiederaufbau der zerstörten Industrie der Sowjetunion, dem Wachsen ihrer wirtschaftlichen und politischen Kraft und mit dem Übergang der Volksdemokratien zum Sozialismus verbunden ist. Denn die Schwächung des wirtschaftlichen und politischen Potentials der Sowjetunion und der Volksdemokratien bedeutet indirekt Stärkung der imperialistischen Kräfte in den westlichen kapitalistischen Ländern, das heißt Stärkung der Kräfte, die auf eine Teilung Deutschlands hinsteuern, die den bankrotten und kriegsschuldbeladenen Kapitalismus in Deutschland wiederherstellen, die zum Krieg rüsten und die mit allen Mitteln das demokratische Aufbauwerk in der Ostzone zerschlagen wollen.

Ohne die ideologische und wirtschaftliche Unterstützung durch die Sowjetunion und die Volksdemokratien kann der Kampf unserer Partei an der Spitze der deutschen Arbeiterklasse um die großen demokratischen und sozialistischen Ziele nicht erfolgreich sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Sowjetunion nach endgültiger Überwindung der ihr vom Faschismus zugefügten schweren Schäden uns in immer stärkerem Ausmaß helfen wird und daß sich auch die wirtschaftlichen freundschaftlichen Beziehungen zu den immer mehr erstarkenden Volksdemokratien zum Nutzen für unser Aufbauwerk erweisen.

Die strategische Grundlinie, die unsere Partei in Anbetracht der imperialistischen Politik der Westmächte besonders durch die letzten bedeutsamen Tagungen des Parteivorstandes aufgezeigt hat, weist in die Richtung der Entwicklung der Länder der Volksdemokratie, in denen die Parteien der geeinten Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und den fortschrittlichen bürgerlichen Schichten nach den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus jenes Prinzip der staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung verwirk-

lichen, durch das die Voraussetzungen für das Hinüberwachsen in die sozialistische Gesellschaftsordnung gegeben sind. Das aber ist der einzig mögliche und gangbare Weg auch für die Ostzone und ihre Wirtschaftsplanung, das ist der Weg, den unsere Partei für die Arbeiterklasse und die Werktätigen erkämpfen muß. In demselben Maße aber, wie die Volksdemokratien den Weg zum Sozialismus nur im Schutze der Sowjetunion und mit ihrer Hilfe gehen können, in dem gleichen Ausmaß ist die fortschrittlich-demokratische Entwicklung in der Ostzone von der Freundschaft der Völker der Sowjetunion und ihrer großen Partei abhängig.

Die deutsche Arbeiterklasse muß erkennen, daß sie diese für ihren Klassenkampf so unentbehrliche Freundschaft und Hilfe nicht dadurch gewinnt, daß sie in die antisowjetische Hetze der in- und ausländischen Reaktion einstimmt und die damit alte, schmutzige Waffe des Monopolkapitals gegen den Sozialismus wieder aufnimmt.

Der Parteivorstand hat aus der Tatsache der klassenmäßigen Verbundenheit der deutschen Arbeiterklasse mit den Arbeitern der Sowjetunion und ihrer Partei und in Würdigung der großen gemeinsamen Probleme und Aufgaben, die unsere Partei mit der KPdSU(B) verbinden, in seiner Anweisung für die organisatorische und ideologische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen beschlossen, daß gegen die Mitglieder ein beschleunigtes Ausschlußverfahren durchzuführen sei, die eine sowjetfeindliche Haltung bekunden. Es ist deshalb notwendig, daß in den Parteieinheiten die Frage des Verhältnisses unserer Partei und der deutschen Arbeiterklasse zur Sowjetunion und zu den Volksdemokratien im aufgezeigten Sinne breit behandelt und ein entschlossener Kampf gegen alle anti-sowjetischen Elemente geführt wird, damit die Mitglieder in den Stand gesetzt werden, gegen Hetze und Verleumdung der Reaktion zu kämpfen und dem deutschen Volke und der Arbeiterklasse den Weg zu einem freundschaftlichen Verhältnis zu den Völkern der Sowjetunion zu weisen.

Es bedarf keines Beweises mehr, daß die Anerkennung der entscheidenden Rolle der Sowjetunion und ihrer Partei für den Kampf um den Frieden und die Demokratie zugleich die Voraussetzung für den Kampf der fortschrittlichen Arbeiterparteien in ihren Ländern um dieselben Ziele ist. Darum muß die verhängnisvolle Politik der Kommunistischen Partei Jugoslawiens auch unserer Partei eine ernste Lehre und Warnung sein.

*Die Politik der Kommunistischen Partei Jugoslawiens  
und die Lehre für die SED*

Für die Politik unserer Partei und für die weitere Entwicklung in der Ostzone sind die Erfahrungen und Erfolge, aber auch die Fehler der Volksdemokratien im Verfolg ihrer Politik des Übergangs zum Sozialismus von großer Bedeutung. In diesen Ländern hat die geeinte Arbeiterpartei die Arbeiterklasse und die Werktätigen schon näher an den Sozialismus herangeführt, so daß die deutsche Arbeiterklasse auch aus den Erfahrungen der Volksdemokratien lernen kann, auf welchem Wege der Übergang zum Sozialismus erfolgt, wie sich die Klassenkräfte in der Übergangsperiode entwickeln, wie die führende Rolle der Arbeiterklasse zu verwirklichen ist und wie sich die Partei der Arbeiterklasse in die Partei des revolutionären Umschwungs verwandelt. Die Resolution des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien über die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens kritisiert schwere Abweichungen und Verfehlungen der KP Jugoslawiens gegen die marxistisch-leninistische Lehre, die auch in wesentlichen Grundfragen in unserer Partei noch vorhanden sind. Der Parteivorstand der SED hat selbstkritisch festgestellt, daß in der Partei die hohe Bedeutung der Resolution des Informationsbüros bisher unterschätzt und in ungenügendem Ausmaß in der Mitgliedschaft diskutiert worden ist. Deshalb ist es notwendig, daß bei der Durchführung der Beschlüsse des Parteivorstandes über die ideologische und organisatorische Festigung der Partei zu

diesem bedeutsamen Dokument Stellung genommen wird und daß die eigenen gleichen Fehler in unserer Partei selbstkritisch behandelt und beseitigt werden.

Welches sind nun die Fehler in der Politik der KP Jugoslawiens, die für die SED und die ganze deutsche Arbeiterbewegung von besonderer Bedeutung sind?

Die Führung der KP Jugoslawiens unterschätzt die große politische und wirtschaftliche Bedeutung der Sowjetunion und ihrer Partei im Kampf gegen den Imperialismus. Sie distanziert sich von der Sowjetunion, fühlt sich allein stark genug, um das sozialistische Aufbauwerk zu vollbringen und führt der Sowjetunion und ihrer Partei gegenüber eine unfreundliche Politik. Die KP Jugoslawiens bestreitet die Tatsache des Wachsens der kapitalistischen Elemente und der Verschärfung des Klassenkampfes in der Periode des Übergangs zum Sozialismus und verfolgt eine opportunistische Politik des friedlichen Hineinwachsens vom Kapitalismus in den Sozialismus. Damit mißachtet die KP Jugoslawiens die marxistische Theorie der Klassen und des Klassenkampfes für die Periode des Übergangs.

Die KP Jugoslawiens mißachtet die Lehre von der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Sie unterscheidet nicht nur Partei und Arbeiterklasse nicht, sondern läßt auch die Arbeiterpartei in dem Brei der parteilosen, von bürgerlichen Elementen stark durchsetzten Volksfront aufgehen. Sie leugnet die Notwendigkeit eines eigenen Programms für die Arbeiterpartei, da das Programm der Volksfront zugleich das der KP Jugoslawiens sein soll.

Diese Kritik des Informationsbüros an dem verhängnisvollen Weg der KP Jugoslawiens zu einer Volkstümlerpartei der Großbauern, der aus der völligen Verkennung der Rolle der Arbeiterpartei als der Führerin im Kampf der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen die Ausbeuter beschritten wurde, ist für die deutschen Sozialisten wichtig, die mit aller Kraft darangehen, aus der fortschrittlichsten Partei der Arbeiterklasse, aus der SED, eine Partei neuen Typus zu machen, die, fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehend, vor diesen verhängnisvollen Ab-

irungen bewahrt und die Avantgarde der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes sein muß.

Neben der fehlenden Klassendifferenzierung auf dem Dorfe, dem Überspringen notwendiger Entwicklungsstappen aus scheinbar linkem Radikalismus, neben der Unterdrückung der innerparteilichen Demokratie und der Kritik und Selbstkritik ist für die deutsche Arbeiterbewegung besonders die verhängnisvolle Auswirkung der Entwicklung einer kleinbürgerlich-nationalen Haltung der Führung der KP Jugoslawiens lehrreich. Die KP Jugoslawiens hat mit den internationalen Traditionen der Partei gebrochen und aus Selbstüberheblichkeit den Weg des Nationalismus eingeschlagen. Man überschätzt die eigenen Kräfte, glaubt den Sozialismus ohne die Hilfe der brüderlichen Parteien der anderen Volksdemokratien und besonders der Sowjetunion aufbauen zu können und spaltet sich mit der nationalistischen Parole des eigenen, selbständigen „jugoslawischen Weges zum Sozialismus“ von der sozialistischen Einheitsfront gegen den Imperialismus ab und verzichtet auf die internationale Solidarität der Werktätigen. Damit ist die KP Jugoslawiens auf die Position des bürgerlichen Nationalismus abgeglitten, zu der der proletarische Internationalismus im unversöhnlichen Gegensatz steht.

Mit diesen Abweichungen von der Politik einer marxistischen Partei führt die KP Jugoslawiens ihr Land aus der antiimperialistischen Front auf den Weg einer gewöhnlichen bürgerlichen Republik und damit in die Abhängigkeit von den imperialistischen Ländern.

Das Dokument des Informationsbüros über die Lage in Jugoslawien ist für unsere Partei wie für alle fortschrittlichen Arbeiterparteien eine bedeutende Hilfe, die vorhandenen ideologischen Schwächen zu erkennen und selbstkritisch zu überwinden. Das eingehende Studium dieses Dokuments in den Parteieinheiten muß und wird das sozialistische Bewußtsein der Mitgliedschaft heben und zur Entwicklung der notwendigen einheitlichen marxistisch-leninistischen Auffassung über die Rolle und Aufgaben unserer Partei beitragen.

*Die positive Wirkung der Resolution des Informationsbüros  
auf die polnische Arbeiterpartei*

Am Beispiel der Überwindung der Fehler durch Kritik und Selbstkritik in der polnischen Arbeiterpartei müssen wir die Anwendung und die reinigende Wirkung dieser starken Waffen gegen die eigenen Schwächen und Fehler lernen, ich meine die Waffe der Kritik und Selbstkritik, die wir bisher in unserer Partei noch nicht genügend anzuwenden verstanden.

Durch eine harte und konsequente Selbstkritik in allen Gliedern der Partei einschließlich ihrer Führung hat die polnische Arbeiterpartei die Fähigkeit entwickelt, die gefährlichen rechten und nationalistischen Abweichungen in der Partei zu überwinden und die marxistisch richtigen Maßnahmen zum Hinüberwachen in den Sozialismus einzuleiten.

Man hat in der polnischen Arbeiterpartei nunmehr den entschiedenen Kampf dagegen aufgenommen, die eigenen revolutionären Kräfte zu unterschätzen, die Reaktion zu überwerten und sich der Ideologie des Kleinbürgertums anzupassen. Ferner beseitigt die Partei die von Gomolka in seiner Selbstkritik aufgezeigte gefährliche Toleranz gegen rechte nationalistische Abweichungen und bekämpft die unmarxistische Auffassung, den Klassenkampf in der Periode der volksdemokratischen Entwicklung zum Sozialismus besonders auf dem Dorfe abzuschwächen und zu beseitigen. Ferner kritisiert die Partei die falschen Tendenzen, das Tempo der Entwicklung der Volksdemokratie zum Sozialismus abzustoppen und selbstgenügsam auf dem bisher erreichten Stand der Entwicklung stehenzubleiben. Deshalb hat die polnische Arbeiterpartei Maßnahmen eingeleitet, durch welche die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Zurückdrängung des kapitalistischen Einflusses der Großbauern bis zur Schaffung von Kollektivwirtschaften erzielt werden sollen.

Als weitere Fehler der bisherigen Politik der polnischen Arbeiterpartei werden die Unterschätzung der führenden Rolle der Partei und aller ihrer Gliederungen bei der Umgestaltung Polens

und die kritiklose Aufnahme neuer Mitglieder herausgestellt, wodurch das Eindringen von klassenfremden Elementen und Karrieremachern erleichtert wurde.

Eingehend wurde die Tatsache kritisiert, daß die Partei nur ungenügend und unzureichend mit den Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und mit der Geschichte der KPdSU(B) vertraut sei, eine Kritik, die auch in vollem Maße auf unsere Partei zutrifft.

### *Zehn Jahre „Geschichte der KPdSU(B)“*

Es ist notwendig, daß die zehnjährige Wiederkehr der Herausgabe der „Geschichte der KPdSU(B)“ von unserer Partei zum Anlaß genommen wird, die Parteimitgliedschaft mit diesem Werke vertraut zu machen, das eine Fundgrube marxistisch-leninistischer Erkenntnisse und reichster Erfahrungen im Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus darstellt. Es widerspricht jeder Vernunft und Einsicht, daß die deutsche Arbeiterklasse auf die ungeheuren Erfahrungen verzichten sollte, die die Kommunistische Partei der Sowjetunion in ihrem fünfzigjährigem Kampf gemacht hat, Erfahrungen und Erkenntnisse der größten Arbeiterpartei, die von allen internationalen Arbeiterparteien als erste und bisher einzige Partei den Sozialismus in ihrem Lande verwirklichte und dadurch erst die Voraussetzungen für den Sieg des Kampfes der anderen Parteien in ihren Ländern geschaffen hat. Die in diesem Werke entwickelte Lehre ist von großer internationaler Bedeutung, die jeder kämpferischen Arbeiterpartei das Ziel des Kampfes zeigt und die Mittel gibt, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen.

Hier können wir den Prozeß der Vorbereitung und Schaffung einer marxistischen Partei neuen Typus studieren, die Lehre von der revolutionären proletarischen Partei, ihrer ideologischen Grundlage, ihrer Organisationsprinzipien, ihrer Bindung zu den Massen und ihrer führenden Rolle.

Hier gewinnen wir Einsicht in die Notwendigkeit des Bünd-

nisses des Proletariats mit den halbproletarischen Elementen in Stadt und Land als Vorbedingung des Sieges der proletarischen Revolution.

Hier studieren wir die Theorie und die Praxis der Umwandlung der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische. Hier festigt sich die Erkenntnis von der unerbittlichen Notwendigkeit, den Klassenkampf bis zur Beseitigung der Klassenherrschaft zu führen und jeden Opportunismus und jede Volkstümlerei aus den eigenen Reihen zu bannen.

Hier bieten sich der internationalen Arbeiterklasse die unermesslichen Erfahrungen im Aufbau des Sozialismus, die einzigartige Möglichkeit des Studiums jener Kämpfe und Schwierigkeiten, jener Erfolge und Fortschritte in einer neuen Gesellschaftsordnung, die die Weltgeschichte noch nicht gekannt hat.

Und neben den vielen anderen Einsichten öffnet die Geschichte der KPdSU(B) der internationalen Arbeiterbewegung den Blick für die gestaltende Kraft der Partei der Arbeiterklasse, wenn sie als eine revolutionäre Kampfpartei die Führerin, die Avantgarde des Proletariats und des werktätigen Volkes ist.

Das Zentralsekretariat hat am 20. September 1948 den Beschluß über die Verstärkung des Studiums der Geschichte der KPdSU(B) gefaßt. Mit diesem Beschluß wird das gesamte Schulungssystem der Partei auf das gründliche Studium der Geschichte der KPdSU(B) eingestellt und eine weitere Hebung des ideologischen und organisatorischen Niveaus in der Partei erwirkt werden.

### *Rolle und Aufgabe der Partei*

Es war kein Zufall, daß der Parteivorstand die Fragen des Zweijahrplans und die der Rolle unserer Partei gemeinsam behandelte. Denn die Frage des Zweijahrplans ist nicht zu lösen ohne die gleichzeitige Beantwortung der Frage, wo nun die Kraft ist, die in der Ostzone den Wirtschaftsplan durchführen kann. Ich habe in meinem Schlußwort auf der 11. Tagung des Parteivor-

standes klar und eindeutig die Frage beantwortet und gesagt, daß nur die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands diese Kraft sein kann. Nur die Partei der Arbeiterklasse ist imstande, die Kraft des Volkes für eine Produktionssteigerung zu mobilisieren, die Energien der Werktätigen zum Einsatz zu bringen und die politischen und moralischen Voraussetzungen für die Anbahnung freundschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu schaffen.

Der Parteivorstand hat in seiner 12. Tagung vom 28. und 29. Juli 1948 einen Beschluß über die organisatorische Festigung der Partei gefaßt, durch dessen Verwirklichung in allen Parteileitungen die Partei in den Stand gesetzt werden muß, die führende Rolle im gesamten staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben auszuüben. Noch weist die Partei ernsthafte Fehler und Schwächen auf, noch leiten die Parteileitungen nicht einheitlich und planvoll die tägliche Arbeit, noch ist in der Partei nicht im genügenden Maße die Kritik und Selbstkritik an der Arbeit bis zur untersten Wohngruppe entwickelt, noch fehlt die ideologische Einheit, noch hat sich die Partei nicht von Elementen völlig gesäubert, die klassenmäßig und ideologisch nicht in eine kämpferische Arbeiterpartei gehören. Durch die gefaßten Beschlüsse haben die Parteieinheiten die Handhabe erhalten für die Heranziehung jedes Parteimitgliedes zur aktiven Mitarbeit, für die Ausmerzungen von schädlichen und feindlichen Elementen, für die Werbung von neuen Mitgliedern aus den Kreisen der besten und aktivsten Arbeiter in den Massenorganisationen und Betrieben und für die Entwicklung eines festen Funktionärskaders. Die Durcharbeitung der Beschlüsse, die schon jetzt mit gutem Erfolg angefangen hat, setzt die Stärkung der innerparteilichen Demokratie voraus, durch welche die unteren Parteieinheiten befähigt werden, in freier Aussprache und Kritik in einem politischen und ideologischen Erziehungsprozeß aus sich heraus die eigene Kraft zu entwickeln, um sich von klassenfremden Unternehmern und Großbauern zu trennen und sich von Spionageorganisationen, von Schumacheragenten, KPO-Leuten und Opportunisten zu reinigen. Durch die

konsequente Ausmerzung dieser Elemente wird die ideologische Festigkeit der Partei und der Erfolg unserer Kämpfe ständig wachsen.

Um die Reinheit der Partei zu sichern, um den Kampf gegen die Tätigkeit der feindlichen Agenten, gegen Korruption und Karrieremacher geschlossen und wirkungsvoll führen zu können, hat der Parteivorstand auf seiner 13. Tagung die Bildung einer Parteikontrollkommission im zentralen, Landes- und Kreismaßstab beschlossen. Dieser Beschluß aber enthebt die einzelnen Parteileitungen nicht der Pflicht, aus eigener Kraft die Reinigung, wo es nötig ist, zu vollziehen. Denn nur durch die Entwicklung der Selbstkritik von der Parteiführung bis zur Wohngruppe herab wird die Partei wachsen und sich das notwendige sozialistische Bewußtsein erarbeiten.

Noch haben einige Parteileitungen nicht die Kraft entwickelt, den Kampf gegen Schumacherleute und korrupte Elemente energisch aufzunehmen und die Organisation aus sich heraus zu reinigen. Alle organisatorischen und ideologischen Grundfragen aber, die der Parteivorstand mit seinen wegweisenden Entschlüssen über die Resolution des Informationsbüros, mit seinen Thesen zur Novemberrevolution, zum Zweijahrplan und zur organisatorischen Festigung der Partei aufgestellt hat, müssen als ein zusammengehörendes Ganzes betrachtet und in den einzelnen Parteinheiten bis zur Parteikonferenz geklärt sein. Sie dienen der Entwicklung jener Klarheit und Stärke, ohne welche die Aufgabe des Zweijahrplans nicht durchzuführen ist.

Die Vorbereitung der vom 4. bis 6. Dezember in Berlin tagenden Parteikonferenz<sup>1</sup> in den Kreisen und Ländern muß die Partei einen bedeutenden Schritt im Sinne der Parteivorstandsbeschlüsse voranbringen. Die Wahl der Parteiaktivisten aus den Betrieben und Wohngruppen, die gründliche Durcharbeitung der vorliegenden Beschlüsse und der Erfahrungen der letzten Monate, die Diskussion über die Entschließungsentwürfe der Landesvorstände über den Stand der Partei und die nächsten Aufgaben der Partei-

<sup>1</sup> Die Parteikonferenz wurde auf den 25. bis 28. Januar 1949 vertagt.

organisation: alles wird die Parteimitgliedschaft aktivieren und eine Mobilisation der großen Energien unserer Partei zur Folge haben. Die Parteikonferenz ist kein Ersatz für den Parteitag. Sie soll ihn vorbereiten, eine Zwischenbilanz aufstellen, die Kraft der Partei konzentrieren, die Erfahrungen der letzten Monate intensiver Arbeit auswerten, die nächsten Aufgaben entwickeln und Beschlüsse fassen für die Aufgaben, welche die Partei zu lösen hat.

Überblickt man die in den letzten Monaten geleistete ideologische und organisatorische Arbeit in der Partei, dann kann festgestellt werden, daß die Partei einen großen Schritt vorwärts getan hat. Viele Fehler und Schwächen sind durch ernste Selbstkritik freigelegt und beseitigt, hemmende Elemente sind entfernt und eine stärkere Aktivität ist in den unteren Parteieinheiten ausgelöst worden. Die Partei ist am Werke, sich von allen organisatorischen Mängeln und ideologischen Unklarheiten zu befreien. Fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehend, entwickelt die Partei neue Kräfte, die sie in den Stand setzen werden, eine Partei neuen Typus zu werden, die kämpferische, geschlossene Partei der Arbeiterklasse, die Führerin der Arbeiter und aller Werktätigen, an deren Kraft und Mut sich die Hoffnung aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte aufrichtet, und die befähigt ist, die großen Aufgaben zu lösen, die bevorstehen.

## Die Verfassung der UdSSR und die Verfassung des Deutschen Volksrates

5. Dezember 1948

Überall dort, wo der Staat als Machtinstrument zur Ausbeutung der werktätigen Volksschichten durch die kapitalistische Klasse dient, ist die Gesetzgebung allein auf den Schutz der Privatwirtschaft und der Ausbeutung gerichtet. Das gilt im besonderen Maße von dem Grundgesetz des Staates, seiner Verfassung. Mit diesem Grundgesetz errichtet die bürgerliche Klasse einen Damm gegen echte demokratische Entscheidungen des Volkes und sichert den Fortbestand der kapitalistischen Vorrechte. Es ist bezeichnend, daß die Verfassungen der bürgerlichen Staaten nicht nur den Zustand der Ausbeutung der werktätigen Schichten legalisieren, sondern zugleich den Charakter eines in die Zukunft gerichteten Programms haben. Die Verfassungen dieser Staaten sind kein Spiegelbild der tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern sie enthalten eine Fülle von idealistischen Losungen und Proklamationen, die im Widerspruch zu den realen Tatsachen stehen. Sie täuschen den breiten Volksmassen vor, die Verfassung sei ein Grundgesetz des Staates, das die Interessen des ganzen Volkes wahre.

Die Weimarer Verfassung kann als ein Schulbeispiel dafür angesehen werden, wie in der Klassengesellschaft die herrschende Schicht die Verfassung zu einem propagandistischen Machwerk herabwürdigt und dadurch die werktätigen Volksschichten in die Irre führt. Die pathetischen Erklärungen der Weimarer Verfassung sollten den Eindruck hervorrufen, soziale Gerechtigkeit und wahre Demokratie seien gesichert. Zu keiner Stunde entsprach die Weimarer Verfassung den tatsächlichen Verhältnissen.

Ganz im Gegensatz zu den bürgerlichen Staaten wurden in der Sowjetunion mit der am 5. Dezember 1936 auf dem Außerordentlichen VIII. Sowjetkongreß der UdSSR in Kraft gesetzten Verfassung die gesellschaftlichen Verhältnisse fundiert, wie sie sich als Ergebnis des sozialistischen Sieges in der Sowjetunion entwickelt hatten. Alles das, was durch die Neuordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen auf sozialer Grundlage, durch den Aufbau einer neuen demokratischen Staatsverwaltung, die Entwicklung einer sozialistischen Planwirtschaft, die Maßnahmen auf kulturellem und sozialem Gebiete Wirklichkeit geworden war, wurde durch die Verfassung registriert und unter den Schutz dieser Verfassung gestellt. Die sowjetische Verfassung beschränkt sich nicht auf die Festlegung formaler Rechte und Versprechungen für den Staatsbürger, sondern sie schafft gleichzeitig die Garantien für die Erfüllung dieser Rechte und weist die Wege für ihre Verwirklichung. Das sozialistische Wirtschaftssystem und das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln sind verfassungsmäßig gesichert. Die private Wirtschaft von Kleingewerbetreibenden und Einzelbauern wird verfassungsmäßig insoweit zugelassen, als fremde Hilfe nicht in Anspruch genommen wird und daher dieses Eigentumsverhältnis nicht zur Ausbeutung anderer Menschen führt.

Mit der Verfassung der Sowjetunion wurde 1936 staatsrechtlich festgestellt, daß die sozialistische Revolution des 25. Oktober 1917 gesiegt und sich das Wort Lenins erfüllt hat:

„Die Arbeiter- und Bauernrevolution, von deren Notwendigkeit die Bolschewiki stets geredet haben, ist vollzogen...

Von nun an beginnt eine neue Epoche in der Geschichte Rußlands, und diese dritte russische Revolution muß in ihrem Endergebnis zum Siege des Sozialismus führen.“<sup>1</sup>

Der erste Artikel der sowjetischen Verfassung lautet daher:

„Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“<sup>2</sup>,

und im dritten Artikel heißt es:

<sup>1</sup> W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXII, S. 2.

<sup>2</sup> Verfassung (Grundgesetz) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, S. 7.

„Alle Macht in der UdSSR gehört den Werktätigen in Stadt und Land in Gestalt der Sowjets der Deputierten der Werktätigen.“<sup>1</sup>

In echt demokratischer Weise wählen die Bürger der UdSSR zu den Sowjets die Deputierten der Werktätigen und bestimmen die Verwaltungsorgane des Staates. Durch die Heranziehung aller Arbeiter und Bauern zur Leitung der Staatsverwaltung ergab sich ein unerschöpflicher Kraftquell für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. So war es möglich, die Gestaltung der sozialistischen Wirtschaft durchzuführen. Der Charakter der sozialistischen Wirtschaft und die demokratische Rechtsstellung der sowjetischen Bürger finden in der Verfassung ihren konkreten Ausdruck. Eine Gesellschaft, die den Boden und die Produktionsmittel besitzt, hat sich eine feste Grundlage geschaffen zu einer wahrhaften gesunden und auf vollständiger Gleichberechtigung beruhenden Demokratie.

Bis dahin waren solche verfassungsmäßig gesicherten Rechte nur Träume. Noch niemals war die Warenproduktion in der Absicht organisiert worden, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen, sondern immer nur, um den Besitzern der Produktionsmittel ihre Profite zu sichern. Ohne fremde Hilfe und trotz des Widerstandes der bürgerlichen Kreise des In- und Auslandes hat die Sowjetunion den Sozialismus verwirklichen und seine verfassungsmäßige Sicherung durch das sozialistische Staatsgrundgesetz durchführen können.

Wenn breite Schichten des deutschen Volkes die großartige Entwicklung in der Sowjetunion zum Anlaß nehmen, um aus ihr Lehren für die politische und wirtschaftliche Aufbauarbeit in Deutschland zu ziehen, so ist das sehr verständlich. Der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates zeigt, daß er zwar unter Anlehnung an den Aufbau der Weimarer Verfassungsbestimmungen formuliert wurde, sein Inhalt aber die nach dem Zusammenbruch des Hitlerstaates in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführten Demokratisierungsmaßnahmen festhalten will.

<sup>1</sup> Ebenda.

Die fördernde Anteilnahme der sowjetischen Besatzungsmacht an der Entwicklung der fortschrittlichen Elemente der sowjetischen Besatzungszone hat die durchgeführte Demokratisierung entscheidend erleichtert. Erst aus der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte an einer demokratischen Entwicklung und aus der Übereinstimmung zwischen ihnen und der sowjetischen Besatzungsmacht ergaben sich jene Maßnahmen, die dem Gesellschaftsleben und der Wirtschaftsstruktur der sowjetischen Besatzungszone ihr Gepräge geben.

Der Aufbau einer demokratischen, kommunalen und Staatsverwaltung, die Schulreform und die Entnazifizierung, die Ausschaltung aller Militaristen und die Entfaltung der politischen Parteien, der Gewerkschaften und starker Massenorganisationen, die Enteignung der Junker und die mit ihr verbundene Bodenreform, die Bestrafung der Kriegsverbrecher und die sich daraus ergebende Überführung einer großen Zahl wichtigster Betriebe in die Hände des Volkes sind die Merkmale dieser folgenschweren Veränderungen. Im Gebiete der sowjetischen Besatzungszone ist die Herrschaft der privaten Monopolbesitzer beseitigt. Dem werktätigen Volk ist ein großer Anteil an der Produktion zugefallen und der Weg für eine demokratische Aufbauarbeit frei gemacht worden.

Der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates geht von diesen Verhältnissen aus, die in Anlehnung an die Potsdamer Beschlüsse in der sowjetischen Besatzungszone geschaffen worden sind. Er will die fortschrittlichen Maßnahmen in der künftigen Verfassung staatsrechtlich verankern. Damit geht der Deutsche Volksrat über den Stand der Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands weit hinaus. Während der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates für die sowjetische Besatzungszone entsprechend der sowjetischen Verfassungspraxis die Fixierung eines bestehenden Zustandes darstellt, ist er für die westlichen Besatzungszonen ein Programm notwendiger Maßnahmen, die für die Schaffung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands und den Abschluß eines gerechten Friedens unerlässlich sind.

Zu den Ergebnissen der Verfassungsberatung des Deutschen Volksrates stehen die Beratungen des Spalterparlaments in Bonn über eine Verfassung für die westlichen Besatzungszonen Deutschlands im scharfen Gegensatz. In Bonn wird nach dem Grundsatz gehandelt, nicht auszusprechen was ist, sondern vorzutäuschen, was man unter keinen Umständen zulassen will. Die deutschen Spaltungspolitiker in Bonn sehen ihre Aufgabe darin, ganz im Sinne der Verfassungen bürgerlicher Staaten einige deklamatorische Bekenntnisse aneinanderzureihen und im übrigen den versteinerten Zustand der monopolkapitalistischen und junkerlichen Besitzrechte durch das Grundgesetz des Staates zu sanktionieren. Die Bonner Verfassung wird lediglich, genau wie die Weimarer Verfassung, bei den Werktätigen Illusionen über die Möglichkeit einer demokratischen Entwicklung hervorrufen, die niemals zu realisieren sind. Die Bonner Spaltungspolitiker, die mit dem anglo-amerikanischen Monopolkapital und dadurch mit den Zerstörern der Einheit Deutschlands in einer Front stehen, haben an einer fortschrittlichen Verfassungsgestaltung nicht das geringste Interesse. Diese Kreise, die lügenhaft von der sozialistischen Sowjetunion als einem terroristischen und ausbeuterischen Staat und von den fortschrittlichen Elementen Deutschlands als den rotlackierten Nazis sprechen, tun alles, um die in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands getroffenen Maßnahmen, vor allem die entschädigungslose Enteignung der Junker und die Bestrafung der Kriegsverbrecher, das heißt also die Beendigung der Herrschaft der Monopolisten und Militaristen, zu verhindern. Für sie lag daher der Versuch, über die Verfassungsgestaltung die fortschrittlichen Tatbestände der sowjetischen Besatzungszone auf die westlichen Besatzungszonen zu übertragen, von vornherein außerhalb jeder Diskussion. Daraus erklärt es sich auch, daß ganz im Gegensatz zu der Art der Verfassungsschöpfung in der Sowjetunion und im Deutschen Volksrat die Behandlung der Verfassungsfrage in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands allein eine Angelegenheit von Parlamentariern blieb.

In der Sowjetunion stand die Verfassung viele Monate im

Mittelpunkt der Diskussion der Presse und ungezählter Versammlungen aller Werktätigen. Das ganze Volk nahm Anteil an der Schaffung des Grundgesetzes für die Sowjetunion. Auch der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates wird allen Schichten der Werktätigen nahegebracht und zur Diskussion gestellt. Schon der von der Sozialistischen Einheitspartei stammende erste Entwurf für eine deutsche Verfassung löste eine starke Diskussion in den Kreisen der Werktätigen aus. Nachdem der Deutsche Volksrat auf Grund der Vorschläge der demokratischen Parteien und der Fülle der aus den Reihen der Werktätigen kommenden Anregungen in voller Einmütigkeit einem Verfassungsentwurf zugestimmt hat, wird in jeder Stadt und in jeder Gemeinde allen Werktätigen die Möglichkeit zur Prüfung dieses Entwurfs und zu einer Stellungnahme geboten. Daraus aber ergibt sich die Garantie für den volksverbundenen, wahrhaft demokratischen Charakter der neu zu schaffenden deutschen Verfassung.

Der fortschrittliche Charakter des Verfassungsentwurfs des Deutschen Volksrates ist nicht zuletzt auch eine Folge des bahnbrechenden Charakters der sowjetischen Staatsverfassung. Die große Bedeutung der Eigenart des sowjetischen Grundgesetzes ist von den fortschrittlichen Elementen der ganzen Welt erkannt worden. Die Ausführungen Stalins auf dem Außerordentlichen VIII. Sowjetkongreß der UdSSR im Jahre 1936 über die Bedeutung der sowjetischen Staatsverfassung bestätigen sich im vollen Umfange. Stalin sagte:

„In einigen Tagen wird die Sowjetunion eine neue, sozialistische Verfassung haben, aufgebaut auf den Grundlagen des vollentfalteten sozialistischen Demokratismus.

Das wird ein historisches Dokument sein, das... von den Tatsachen des Sieges des Sozialismus in der Sowjetunion, von den Tatsachen der Befreiung der Werktätigen der Sowjetunion von kapitalistischer Sklaverei, von den Tatsachen des Sieges der vollentfalteten, restlos konsequenten Demokratie in der Sowjetunion handelt.

Es wird dies ein Dokument sein, das davon zeugt, daß das, wovon Millionen ehrlicher Menschen in den kapitalistischen Ländern träumten und weiter träumen, in der Sowjetunion bereits verwirklicht ist.

Es wird dies ein Dokument sein, das davon zeugt, daß das, was in der Sowjetunion verwirklicht ist, auch in anderen Ländern durchaus verwirklicht werden kann.

Daraus aber geht hervor, daß die internationale Bedeutung der neuen Verfassung der UdSSR kaum überschätzt werden kann.“<sup>1</sup>

Die dem deutschen Volke gestellte Aufgabe der Verfassungsregelung darf und wird die Lehren der sowjetischen Verfassungsgeschichte nicht unberücksichtigt lassen. Auch für das deutsche Volk kommt es darauf an, einen ökonomischen und gesellschaftlichen Zustand zu schaffen und in seiner Verfassung zu fixieren, der Demokratie, Fortschritt und Frieden sichert.

---

<sup>1</sup> J. Stalin, „Über den Entwurf der Verfassung der UdSSR“; „Fragen des Leninismus“, S. 645.

## Weg und Irrweg

*Für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden*

*2. Januar 1949*

Die Vernichtung des Hitlerstaates, der mit Terror und Krieg so viel Unheil über die Menschen gebracht hat, stellt dem deutschen Volke die Aufgabe des Aufbaus eines neuen Staates. Nach den Beschlüssen der Alliierten ist die Wiederherstellung der Souveränität des deutschen Staates von Voraussetzungen abhängig gemacht, die praktisch auf die Sicherung der anderen Völker vor der Wiederholung einer aggressiven deutschen Politik hinauslaufen. Die in Potsdam gefaßten Beschlüsse der Alliierten richten sich daher gegen die Kriegsverbrecher und Militaristen sowie gegen die für die Kriegspolitik verantwortlichen Junker und Monopolbesitzer. Die Alliierten setzten einen demokratischen Charakter des deutschen Staates voraus, um auf der Grundlage der wiederherzustellenden Einheit Deutschlands eine zentrale Regierungsstelle zu bilden und mit ihr einen Friedensvertrag abzuschließen.

Im Sinne der Potsdamer Beschlüsse sind in der sowjetischen Besatzungszone jene Maßnahmen zur Durchführung gekommen, die der konkrete Ausdruck für die Entmachtung aller kriegerischen Kräfte und für eine wirkliche Demokratisierung des Volkslebens sind. Im Gegensatz hierzu haben die westlichen Besatzungsmächte noch keine spürbaren Maßnahmen gleicher Art getroffen. Aus der Nichterfüllung der durch die westlichen Besatzungsmächte in Potsdam eingegangenen Verpflichtungen ergaben sich die Schwierigkeiten, die bis heute die Wiederherstellung der deutschen Einheit und den Abschluß eines gerechten Friedens verhindern.

Der 1. Deutsche Volkskongreß am 6. Dezember 1947 war der Ausdruck einer starken Volksbewegung für die Einheit des Vaterlandes und einen gerechten Frieden. Einheit und gerechter Friede sind die Kristallisationspunkte deutscher Politik, die ihre ständige Wirkung auf alle Werktätigen unseres Volkes ausüben. Begeistert stimmten die Delegierten des ersten Volkskongresses dem Vorschlage zu, die zu gleicher Zeit in London tagende Außenministerkonferenz, deren Beratungen zu einer Lösung des deutschen Problems führen sollten, um die Anhörung einer Vertretung des deutschen Volkes zu bitten. Die Wünsche des Kongresses fanden ihren Ausdruck in einer Entschlieûung, die der Londoner Außenministerkonferenz zugeleitet wurde. Worin bestanden diese Wünsche des ersten Volkskongresses? Der Kongreß berief sich auf die Beschlüsse der alliierten Mächte in Jalta und Potsdam und forderte den Abschluß eines Friedensvertrages, der unter Anerkennung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands dem deutschen Volke die Gleichberechtigung mit den anderen Völkern sichert und eine demokratische Entwicklung und die Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit ermöglicht. Der Friedensvertrag sollte die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands gewährleisten und die verfassungsrechtlichen Entscheidungen — insbesondere, ob Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung oder Bundesstaat beziehungsweise Staatenbund — dem deutschen Volke selbst überlassen. Eine zentrale Regierung sollte aus den Vertretern aller demokratischen Parteien gebildet und auf der Friedenskonferenz gehört werden. Schließlich sollte eine Nationalversammlung, deren Wahl auf Grund des gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts erfolgen sollte, nach der Ratifizierung des Friedensvertrages die große Aufgabe der Gestaltung einer Verfassung für die demokratische Republik lösen.

Die Anhörung der Delegation des Deutschen Volkskongresses wurde von den Vertretern der westlichen Besatzungsmächte abgelehnt. Sie sprengten die Außenministerkonferenz in London und entzogen sich ihrer Verpflichtung zur Herbeiführung einer Verständigung über den Abschluß eines Friedensvertrages mit

Deutschland. An die Stelle der gemeinsamen Bemühungen aller Besatzungsmächte, zu einer Regelung zu kommen, die den Vereinbarungen von Jalta und Potsdam entsprach, trat die Fortsetzung der mit der Bildung von Bizonien begonnenen Spaltungspolitik der Westmächte. In Brüssel trafen sich die Vertreter der europäischen Westmächte und entschlossen sich zur Bildung eines Westblocks mit ökonomischen und militärischen Zielen. Das Problem Deutschland glauben diese Mächte dadurch lösen zu können, daß Deutschland gespalten und das westliche Gebiet Deutschlands dem von ihnen gebildeten Westblock angegliedert wird. Diese Politik dient offensichtlich nicht der Erhaltung des Friedens und der Herbeiführung einer Verständigung aller Völker, sondern sie will Macht anhäufen und soll zur Unterwerfung anderer Völker führen. Der Plan zur Bildung eines westdeutschen Separatstaates geht nicht von den Interessen des deutschen Volkes, sondern von den Sonderinteressen der monopolistischen Kreise der Westmächte aus.

Die westlichen Alliierten sind seit langem nicht mehr gewillt, die Regelung der deutschen Fragen nach dem Prinzip der Übereinstimmung aller Alliierten durchzuführen. Westdeutschland ist durch das eigenmächtige Vorgehen der westlichen Besatzungsmächte der Viermächtekontrolle entzogen worden und soll in einen strategischen Stützpunkt für eine künftige Aggression, die sich gegen die friedlichen Staaten Europas – vor allem gegen die Sowjetunion – richtet, verwandelt werden. Da infolge der Sprengung der Londoner Außenministerkonferenz eine Grundlage für die Erledigung der nationalen deutschen Fragen nicht mehr bestand, mußte sie neu geschaffen werden. Diese Aufgabe fiel in erster Linie dem deutschen Volke selbst zu. Wer in der Welt konnte erwarten, daß die Interessen Deutschlands dem deutschen Volk gleichgültig sein würden? Die sich aus der Spaltungspolitik der Westmächte ergebende Ohnmacht des Kontrollrates mußte zwangsläufig die nationale Selbsthilfe des deutschen Volkes auslösen.

Selbst auf die Gefahr hin, daß die an der Spaltung interessier-

ten Kreise Unterdrückungsmaßnahmen aller Art anwenden würden, forderten die im Deutschen Volkskongreß vereinten fortschrittlichen Deutschen eine Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands und den Abschluß eines gerechten Friedens. Der 2. Deutsche Volkskongreß wählte im März 1948 den Deutschen Volksrat und beauftragte ihn mit der Ergreifung aller Maßnahmen, die zur Durchführung der Kongreßziele erforderlich erschienen. Als einzige nationale Repräsentation des deutschen Volkes, die für die Einheit Deutschlands, für wahre Demokratie und für einen gerechten Friedensvertrag eintrat, entschloß sich der Deutsche Volksrat zur Durchführung einer Volksabstimmung und zur Vorbereitung von Maßnahmen, die in staatspolitischer Hinsicht und auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Kultur, der Sozialpolitik usw. dem neuen Deutschland den demokratischen Grundcharakter geben sollten. Der Deutsche Volksrat wählte einen Verfassungsausschuß und beauftragte ihn mit der Herstellung eines Entwurfs zu einer Verfassung für die demokratische deutsche Republik.

Der Verfassungsausschuß hat in öffentlichen Verhandlungen eine neue Staatsverfassung erarbeitet und der dritten Tagung des Deutschen Volksrates den Entwurf für die Verfassung vorgelegt. Vertreter aller demokratischen Parteien und Massenorganisationen haben an diesen Beratungen teilgenommen und sowohl im Verfassungsausschuß wie auch auf der Tagung des Deutschen Volksrates dem Verfassungsentwurf zugestimmt. Der Entwurf ist der öffentlichen Kritik übergeben worden und steht gegenwärtig im Mittelpunkt einer regen Diskussion in der Presse und in unzähligen Versammlungen. Der Inhalt dieses Verfassungsentwurfs nutzt die Erfahrungen der deutschen Geschichte und stellt im Gegensatz zur Weimarer Verfassung den Grundsatz voran, daß die vom Volk gewählten Vertreter in entscheidender Weise sowohl über die Gesetzgebung wie auch die staatliche Verwaltung und die Rechtsprechung zu bestimmen haben. Alle demokratischen Parteien sollen für die Politik mitverantwortlich sein und daher an der Durchführung der Regierungsgeschäfte teilnehmen. Den

Arbeitnehmern wird ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt und die verfassungsrechtliche Sicherung der in der sowjetischen Besatzungszone getroffenen fortschrittlichen Maßnahmen vorgeschlagen.

Im Widerspruch zu der vom Deutschen Volksrat geschaffenen fortschrittlichen Verfassung für ein einheitliches Deutschland sind die in Bonn versammelten Spaltungspolitiker auf Befehl der Militärregierungen der westlichen Besatzungszonen am Werke, um über das Grundgesetz eines föderalistischen westdeutschen Separatstaates zu beschließen. Nicht der Kampf um die Einheit Deutschlands ist der Ausgangspunkt dieser Verfassungsberatungen, sondern die Bereitschaft, der Spaltungspolitik der Westmächte dienstbar zu sein. Diese Servilität der deutschen Spaltungspolitiker geht so weit, daß sie völlig darauf verzichten haben, in dem Verfassungsvorschlag auch nur eine jener konkreten Maßnahmen festzuhalten, die zur Entmachtung der Kriegspolitiker und damit zur Sicherung einer künftigen Friedenspolitik notwendig wären. Längst sind sich die Spalterparteien darüber einig, daß die Bodenreform, die Entmonopolisierung, die Bestrafung der Kriegsverbrecher und schließlich auch die Sozialisierung für sie Schlagworte bleiben werden. Die Bonner Verfassung ist das Musterbeispiel eines Machwerkes, das die Menschen in den Glauben versetzen soll, es handele sich um die Konstituierung eines demokratischen Staates, der den Staatsbürgern die soziale Gerechtigkeit verbürge. In Wirklichkeit wird das alte Spiel der kapitalistischen Welt wiederholt und der kapitalistischen Klassenherrschaft die Maske der westlichen Demokratie vorgehängt. Die nationalen Interessen des deutschen Volkes werden in Bonn mit Füßen getreten und zugunsten eines Besatzungsstatuts preisgegeben, mit dem die Kolonialherrschaft der Westmächte eine dauernde Einrichtung werden soll. Mit diesem Besatzungsstatut will man nicht nur den deutschen Friedensvertrag auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertagen, sondern auch den entscheidenden Einfluß auf alle staats- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Deutschland behalten.

Über den Inhalt der Bonner Verfassung soll das deutsche Volk nicht zu entscheiden haben. Nach den Beschlüssen der Spalterparteien sollen die Länderparlamente der westdeutschen Besatzungszonen befragt und ihnen die Entscheidung über diese Verfassung zugeschoben werden. Der verlogene Charakter westlicher Demokratie kommt hier hemmungslos zum Ausdruck. Der anglo-amerikanische Monopolkapitalismus macht seinen Einfluß in den westdeutschen Besatzungszonen rücksichtslos geltend. Er tritt jeder demokratischen Entwicklung entgegen und verhindert die Durchführung demokratischer Entscheidungen der Bevölkerung wie beispielsweise in Hessen, wo sich die große Mehrheit für eine Politik der Sozialisierung aussprach, während die Organe der Besatzungsmacht der hessischen Regierung die Anweisung erteilten, jede Sozialisierungsmaßnahme zu unterlassen. Hier offenbart sich der wahre Charakter der westlichen Demokratien in unverhüllter Weise. Wen nimmt es noch wunder, daß die Spalterparteien bei den Beratungen in Bonn von vornherein darauf Verzicht leisten, auch nur eine wirklich fortschrittliche Maßnahme in der Bonner Verfassung zu verankern? Selbst die von den Frauenorganisationen der ganzen Welt erhobene Forderung nach der verfassungsrechtlichen Sicherstellung der Gleichberechtigung der Frau verfiel in Bonn der Ablehnung. Und wenn schließlich der berüchtigte Artikel 48 der Weimarer Verfassung, der es dem Reichspräsidenten erlaubte, den Willen des Volkes zu ignorieren und das deutsche Volk der Terrorherrschaft des Nationalsozialismus auszuliefern, in der Bonner Verfassung wieder in Erscheinung tritt, dann kann niemand verkennen, daß in Bonn nicht die Grundlage für die Entwicklung eines neuen einheitlichen demokratischen Deutschlands, sondern vielmehr planmäßig eine Bastion der reaktionären Kräfte des internationalen Monopolkapitals errichtet wird. Im Rahmen der Bonner Verfassung wird das deutsche Volk willenloses Objekt, nicht selbst handelndes Subjekt des Geschehens sein. Wir aber werden dieser gefährlichen Entwicklung entgegentreten und durch unser Vorgehen dem ganzen deutschen Volk zeigen, was not tut.

Es sind nicht nur die wirtschaftlichen Überlegungen, die unserer Forderung nach Herstellung der deutschen Einheit das Schwergewicht geben. Der Wille zur deutschen Einheit lebt tief im deutschen Volk. Ohne die Herstellung der deutschen Einheit wird das gespaltene Deutschland immer eine Gefahr für den Frieden sein. Allein der demokratische Weg kann und wird zur deutschen Einheit führen. Ein demokratisches, einheitliches und friedliebendes Deutschland wird kein anderes Volk bedrohen. Das demokratische Deutschland ist zur friedlichen Zusammenarbeit mit allen anderen Völkern bereit. Jenen Völkern aber, die der demokratischen Entwicklung in Deutschland und damit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ihren Beistand leisten, wenden wir unsere freundschaftlichen Gefühle zu und hoffen, daß bald enge Beziehungen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art dazu führen werden, eine Völkergemeinschaft zu entwickeln, in der auch das deutsche Volk wieder gleichberechtigter Partner wird.

## Der amerikanische Imperialismus stellt den deutschen Militarismus wieder her

*Januar 1949*

Im Gegensatz zur Politik der Sowjetunion, die nach der Überwindung des unmenschlichen deutschen Imperialismus für die Entwicklung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands eintrat, forderten die USA die völlige Zerschlagung Deutschlands. Deutschland sollte nach dem Morgenthauplan, den sich die Regierung der USA zu eigen gemacht hatte, zerstückelt, seines industriellen Charakters beraubt und zu einem Kartoffelacker gemacht werden. Die Erfüllung dieser Forderung des amerikanischen Monopolkapitals hätte zu einer starken Dezimierung des deutschen Volkes und zur Bildung eines ständigen Unruheherdes in Europa führen müssen. Die von den alliierten Mächten in Jalta und in Potsdam getroffenen Vereinbarungen brachten zwar eine zonale Abgrenzung der Besatzung Deutschlands mit sich, sahen aber die Herstellung der deutschen Wirtschaftseinheit und die Bildung einer demokratischen zentralen Regierung vor. Bis heute ist diese Vereinbarung der Alliierten nicht in die Praxis umgesetzt worden. Ihre Verwirklichung scheiterte am Widerstand der amerikanischen Monopolkapitalisten, die sich keineswegs bereit zeigten, einer Politik zu folgen, die von der USA-Regierung unter dem Druck der Kriegssituation in Jalta und in Potsdam vereinbart wurde und die zur Entmonopolisierung und Entmilitarisierung ganz Deutschlands führen sollte.

Dem Einfluß des amerikanischen Monopolkapitals ist es zuzuschreiben, daß die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse, die für Deutschland die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit

und den Abschluß eines Friedensvertrages mit einer demokratischen zentralen Regierung bringen sollten, von den Westmächten preisgegeben wurde. Mit der Bildung von Bizozonen wurde vielmehr die vom amerikanischen Monopolkapital ins Auge gefaßte Spaltung Deutschlands eingeleitet und durchgeführt.

Diese Politik der USA ergab sich aus der Tatsache, daß der Kriegsverlauf die Stellung Englands in außerordentlicher Weise geschwächt hatte. Die britische Außenpolitik hat daher die Verfolgung einer eigenen Deutschlandpolitik völlig preisgeben müssen. Die Vereinbarung über die Besatzungszonen in Deutschland ergab ursprünglich, daß England die Verfügungsmacht über das wichtigste Industrie- und Rohstoffgebiet Deutschlands – das Ruhrgebiet mit seinen vielfältigen und ausgedehnten Industrieanlagen und seiner für die deutsche Wirtschaft entscheidenden Ruhrkohle – erhielt. Dieser Zustand wurde unter dem Einfluß des USA-Monopolkapitalismus grundlegend verändert.

Das USA-Monopolkapital hat in der amerikanischen Besatzungszone klargestellt, worin der soviel gepriesene amerikanische Freiheitsbegriff gipfelt. „Freiheit“ ist für die USA-Politik allein die Freiheit des Unternehmers zur uneingeschränkten Fortsetzung seiner ausbeuterischen Profitjägerei. Dabei versteht es die amerikanische Propaganda ausgezeichnet, breite Volksschichten glauben zu machen, als ginge es der USA-Politik tatsächlich um die Freiheit des Menschen schlechthin.

Wehe, wer dem amerikanischen „Freiheits“begriff entgegentritt. Er wird die Rücksichtslosigkeit und Brutalität, mit denen der Monopolkapitalismus von jeher gewohnt ist, seine Interessen wahrzunehmen, sehr bald zu spüren bekommen. Es ist noch das geringste, wenn beispielsweise in der amerikanischen Besatzungszone, im Lande Hessen, durch eine Volksabstimmung mit großer Mehrheit die Sozialisierung des Bergbaus und der Schlüsselindustrien gefordert und verfassungsrechtlich verankert wurde und die amerikanische Militärregierung durch einen Federstrich anordnete, daß die hessische Regierung diese Volksentscheidung zu ignorieren habe. Nach der Einbeziehung der britischen Besat-

zungszone in den Machtbereich des amerikanischen Monopolkapitals ist es nicht erstaunlich, daß nunmehr auch der Parlamentsbeschluß des in der britischen Besatzungszone liegenden Landes Nordrhein-Westfalen, der gleichfalls eine Sozialisierung des Bergbaus und der Schlüsselindustrien vorsah, ebenfalls auf dem Papier stehenblieb und zum Sinnbild der kolonialen Abhängigkeit der Bevölkerung der westdeutschen Besatzungsgebiete wurde. Weder die Entscheidungen des Volkes selbst noch die Beschlüsse eines Parlaments sind dem USA-Monopolkapital heilig.

Unter dem Eindruck dieser Politik der amerikanischen Monopolisten mußte naturgemäß die Furcht der deutschen Monopolisten und Junker sowie der Kriegsfinanzierer und Militaristen vor ihrer Bestrafung als Kriegsverbrecher und ihrer Ausschaltung aus dem Staats- und Wirtschaftsleben wie der Schnee vor der Sonne dahinschmelzen. Die Ermunterung dieser reaktionären Kräfte durch das USA-Monopolkapital war eine so eindeutige, daß es niemanden wundert, wenn sich in den westlichen Besatzungszonen mit Windeseile eine Entwicklung anbahnte, die heute zu überaus bedrohlichen Verhältnissen geführt hat.

Hierbei muß berücksichtigt werden, daß die in der sowjetischen Besatzungszone getroffenen Maßnahmen, die sich gegen die Junker, Monopolbesitzer und alle kriegsverbrecherischen Elemente richteten, die Flucht dieser Kreise in die westlichen Besatzungszonen zur Folge hatte. Das reaktionäre Element in den westlichen Besatzungszonen ist durch den Zuzug aus der sowjetischen Besatzungszone aufgefrischt und durch die Politik der Westmächte in stärkster Weise ermuntert worden. Daraus ergab sich, daß die Entnazifizierung in den westlichen Besatzungszonen immer mehr zu einer reinen Komödie wurde. Notwendige und gerechtfertigte Bestrafungen der Kriegsverbrecher und aktiver Nationalsozialisten haben den Charakter einer Verfolgung wegen „Kavaliersvergehen“ angenommen. Wenn überhaupt gerichtliche Entscheidungen zu einer Verurteilung kommen, dann handelt es sich fast durchweg um lächerliche Strafen. Oft genug wurden prominente Nazis und Militaristen freigesprochen. War eine Bestra-

fung nicht zu umgehen, so konnte todsicher auf eine Begnadigung gerechnet werden. Zum Tode verurteilte Kriegsverbrecher erhielten Gelegenheit zur Flucht aus dem Gefängnis, und prominente Militärs – wie beispielsweise der ehemalige Feldmarschall Kesselring – wurden auf Ehrenwort aus der Haft beurlaubt.

Die amerikanische Militärregierung entließ schon vor langer Zeit eine große Zahl von Generalstabsoffizieren, darunter allein 10 Hitlergeneräle, aus der Internierungshaft und zog sie zur Mitarbeit bei der Herausgabe einer Geschichte des zweiten Weltkrieges heran. Eingeleitete Gerichtsverfahren gegen 14 Hitlergeneräle werden nicht durchgeführt, weil die Mitarbeit auch dieser Spezialisten an dem Geschichtswerk über den letzten Weltkrieg für zweckdienlich gehalten wird. Es kennzeichnet die ganze Situation in den westlichen Besatzungszonen, wenn die Zahlung von Pensionen an die ehemaligen Hitlermilitaristen erfolgt, während für notleidende Umsiedler und für die große Zahl der Opfer des Faschismus nur in völlig unzulänglicher Weise gesorgt wird.

Wenn schon die militärischen Kriegsverbrecher und die aktiven Nazis dem Richtschwert entzogen sind, wie muß dann erst die Position jener Kräfte beschaffen sein, die aus ihrer industriellen und finanziellen Interessiertheit heraus den Nazismus und die Kriegspolitik unterstützten, aber nach Möglichkeit die Übernahme äußerer Verantwortung vermieden. Die Finanziere und Steigbügelhalter der Nazibewegung aus den Reihen der Schwerindustrie und der Finanzgewaltigen sind längst vor jeder Gefährdung gesichert. Selbst jene Repräsentanten des Monopolkapitals, die in aller Offenheit für den Hitlerstaat eintraten und mit Hitler auf das engste liiert waren, sind frei und bereits wieder am Werke, um hinter der zeitgemäßen Tarnung einer demokratischen oder christlich-sozialen Politik die Machtstellung des Monopolkapitals wiederherzustellen.

Die Wiederaufrichtung der Herrschaft der Monopolbesitzer in den westlichen Besatzungszonen ist bereits weit gediehen. Das sogenannte Entflechtungsgesetz, dessen Ziel die Entmonopolisierung der deutschen Industrie hätte sein müssen, beschränkte sich

darauf, den organisatorischen Zusammenhang einer Reihe von Großunternehmen aufzulockern. Das Gesetz veränderte die Besitzverhältnisse überhaupt nicht und übertrug die Leitung der im Zuge der Entflechtungsaktion neu geschaffenen Betriebsdirektionen durchweg den Vertrauenspersonen des Monopolkapitals. Niemand in der Welt rechnet heute noch damit, daß der vom USA-Monopolkapital geforderte und in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands durch die USA-Politik eingeschlagene promonopolistische und militaristische Kurs durch Beschlüsse der Regierung einer der Westmächte einer Änderung ausgesetzt sein könnte.

Bei den Differenzen, die sich im Lager der Westmächte über die Regelung der deutschen Frage zeigen, dreht es sich lediglich um die Überwindung des Widerstandes jener Kreise in England und Frankreich, die in der Erstarkung des deutschen Monopolkapitals und der Wiederverwendung deutscher Militaristen die Gefahr von morgen sehen. Das USA-Monopolkapital aber will das gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder gerichtete Schwert so scharf wie möglich machen.

Erhebliches Aufsehen über den Stand der militärischen Wiederbelebung Westdeutschlands haben die Ausführungen gefunden, die Dr. Eugen Kogon, der Verfasser des Buches „Der SS-Staat“, auf einer Pressekonferenz in Frankfurt am Main gemacht hat. Dr. Kogon ging davon aus, daß die außenpolitischen Entschlüsse der großen und kleinen Mächte auf strategische Erwägungen zurückzuführen seien. Seiner Meinung nach stünden die Westmächte der Notwendigkeit gegenüber, in Westeuropa eine möglichst starke strategische Position zu beziehen. Die Entwicklung dränge daher zu einer Remilitarisierung Westdeutschlands und erheische die Aufrüstung Deutschlands. Deutschland werde vom Westen wegen seiner Menschenkräfte und seiner Rüstungskraft gebraucht, und es müsse daher das Problem gelöst werden, wie die deutschen Politiker Herr einer starken Polizei und Armee bleiben könnten.

Für Dr. Kogon handelt es sich also keineswegs darum, die Aufrüstung und die Remilitarisierung Westdeutschlands als einen

Verstoß gegen die Potsdamer Vereinbarung anzuprangern. Seine Besorgnis richtete sich allein gegen die Verwendung der alten Hitlermilitaristen. Dr. Kogon kündigte an, daß er über bereits eingeleitete Remilitarisierungsmaßnahmen noch nähere Angaben machen würde. Bisher sind von Dr. Kogon solche Angaben nicht publiziert worden. Es dürfte mit einer Veröffentlichung von Einzelheiten wohl auch kaum zu rechnen sein. Die militärischen Regierungen der Westmächte werden sich inzwischen mit Dr. Kogon unterhalten und ihm entsprechende Eröffnungen gemacht haben. Auf der Tagung der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) am 14. und 15. Dezember in Bonn sollte Dr. Kogon über die Pläne, in Westdeutschland eine Söldnerarmee aufzustellen, weitere Ausführungen machen. Dr. Kogon hat es vorgezogen, auf diese Ausführungen zu verzichten und bestätigt damit nur die Gefährlichkeit der Situation.

Es kennzeichnet aber den Stand der Dinge, wenn sogar aus dem Munde eines Dr. Kogon eine Warnung vor der Gefahr des Wiederauflebens der Herrschaft der nazistischen und militaristischen Kräfte in Westdeutschland ausgesprochen wird. Es gibt in den westlichen Besatzungszonen eine ganze Anzahl von Vorgängen, die für die systematische Remilitarisierung Zeugnis ablegen. Bekannt ist die Tatsache, daß in den westlichen Besatzungszonen die früheren Hitleroffiziere für militärische und geschichtliche Forschungsarbeiten herangezogen werden. „Die Neue Zeitung“, das Organ der amerikanischen Militärregierung, schrieb provokatorisch, daß ein etwaiger Einsatz kasernierter Bereitschaften der Polizei der sowjetischen Besatzungszone gegen westdeutsche Gebiete auch nach dem Abzuge der Besatzungstruppen der Westmächte „keineswegs auf ein militärisches Vakuum stoßen würde“. Hier wird also das Vorhandensein deutscher militärischer Verbände von dem Organ der amerikanischen Militärregierung offen zugegeben. Seit langem ist bekannt, daß die westdeutschen Arbeitsämter die Personalbogen der Arbeitsuchenden durch die Angabe über deren Militärdienst vervollständigen. In Niedersachsen sind 45 000 aus der Kriegsgefangenschaft entlassene

„freiwillige Söldner“ zusammengefaßt und der Führung eines Hitlergenerals unterstellt worden. In der Nähe von Köln wird eine gleiche Söldnertruppe unter der Anleitung des Nazigenerals Manteuffel gedrillt. Während das Potsdamer Abkommen die Zerstörung aller militärischen Objekte vorsieht, sind in den westlichen Besatzungszonen eine große Zahl solcher Objekte modernisiert und den neuesten militärischen Anforderungen angepaßt worden. Hinter der Nebelwand der täglichen Lügenmeldungen über eine angebliche Aufrüstung in der sowjetischen Besatzungszone wird in Westdeutschland die Kriegsindustrie wiederhergestellt. Die Anwerbung von Deutschen für militärische Zwecke geht systematisch vor sich. Die amerikanisch-britischen Besatzungsbehörden sind bemüht, die „Stammkader“ des Hitlermilitarismus zu erhalten. „Dienstgruppen“, Polizeiformationen, Industriepolizeiabteilungen, Zivilgarde sowie Fremdenlegion sollen die Grundlage für die Wiedergeburt der deutschen Streitkräfte bilden. Allein die sogenannten Dienstgruppen zählen nach unvollständigen Angaben bereits 300 000 Angehörige. Offiziell wurden diese „Dienstgruppen“ aufgelöst und durch die „German Civil Labours-Organisation“ ersetzt. Verbunden mit dieser Umbenennung war die Säuberung von nicht verlässlichen Elementen und ihr Ersatz durch SS-Freiwillige sowie Offiziere und Unteroffiziere der Naziwehrmacht. Während die „Deutsche Zivilarbeiter-Organisation“ hauptsächlich der Ausbildung technischer Truppen dient, werden außerdem in großem Umfange Infanteriekontingente ausgebildet. Auch die Haupttätigkeit der westdeutschen Polizeikräfte besteht in ihrer militärischen Ausbildung. Zivilgarde und Industriepolizei tragen rein militärischen Charakter. Gegenwärtig gibt es bereits 40 Industriepolizeibataillone.

Die Rüstungsproduktion entwickelt sich zunehmend. In Rottweil werden täglich 15 Tonnen Pulver produziert. Andere Werke stellen chemische Produkte für Kriegszwecke und Munition her. Die Produktion von Panzern und Flugzeugen – beispielsweise in den Messerschmittbetrieben in Bayern – ist im Gange. In Österreich sind die ehemaligen „Hermann-Göring“-Werke in Linz, die

unter der Verwaltung der USA-Militärbehörden stehen, wieder mit der Herstellung von Einzelteilen für Panzer beschäftigt. In den Flugzeugwerken Steyr in Ebens, Daimler-Puch in Graz, Heinkel in Enbach und Messerschmitt in Kemsten ist die Produktion wiederaufgenommen, und in ungefähr zwanzig unterirdischen Betrieben werden bereits wieder Flugzeugausrüstungen hergestellt. Frankreich muß auf die Lieferung schwedischer Eisenerze verzichten, weil Schweden durch amerikanischen Befehl gezwungen wird, seinen größten Exportauftrag seit 1939 für Eisenerze in Höhe von 3,3 Millionen Tonnen „vordringlich“ nach Westdeutschland zu liefern. Franco-Spanien, das bereits im Vorjahre für 2 Millionen Dollar Schwefelkies an die westdeutsche Rüstungsindustrie liefern mußte, ist durch amerikanischen Befehl gezwungen, die Ausfuhr dieses kriegswichtigen Rohstoffes nach Westdeutschland im neuen Jahr zu vervielfachen. Man dezimiert die deutsche Friedenswirtschaft und ihre Exportindustrie in den westlichen Besatzungszonen planmäßig durch Demontagen und Beschränkungen aller Art, um die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt auszuschalten. Im Vordergrund aber steht als Aufgabe die Remilitarisierung und damit die Verwandlung Westdeutschlands in ein Kriegsarsenal des amerikanischen Imperialismus.

Wenn weiter bekannt ist, daß man sich über die Aufstellung einer internationalen Industriepolizei geeinigt habe, für die auch Westdeutschland Kontingente aufbringen soll, so wissen wir, wohin die Reise geht. Die unter dem Namen „JP“ in Westdeutschland bekanntgewordenen Bataillone sind das Sammelbecken der Reaktionäre aller Nationen und der Unterschlupf für gefährliche Verbrecher aus der SS und SA Hitlers. Sie stehen unter dem Kommando von USA-Offizieren. Heute sind diese Horden Streikbrecherbanden, die sich gegen die Arbeiterklasse wenden, morgen sind sie die Bürgerkriegsgarde, die gegen ihr eigenes Volk kämpft, und übermorgen sind sie die Kader für eine neue schwarze Reichswehr, die erneut die friedlichen Völker der Welt und Deutschland in einen dritten Weltkrieg stürzen. Ihre wahre Be-

deutung aber erlangt diese gefahrvolle Entwicklung für die fortschrittliche Menschheit durch die Gewährung eines Drei-Milliarden-Dollarkredites Amerikas an die Westblockstaaten und Kanada für die „Modernisierung der Ausrüstung“ der Streitkräfte dieser Staaten.

Daß die westlichen Besatzungszonen Deutschlands in die dunklen Pläne dieser „Westblockstaaten“ als selbstverständlich einbezogen gelten, weiß heute in Deutschland und in der Welt jedes politische Kind. Man kann sich darum auch keineswegs verwundern, wenn eine dem französischen Außenministerium so nahe-stehende Zeitung wie „Le Monde“ schreibt:

„Wenn man davon spricht, Westeuropa gegen einen möglichen Angriff von außen zu verteidigen, muß man sich auch darüber klar sein, daß dies heißen würde, die deutsche Armee gleichzeitig mit der französischen wiederaufzubauen.“

Die politischen Strategen der westlichen Demokratien scheinen sich der Gefährlichkeit ihrer Theorien auf gewisse in den westlichen Besatzungszonen künstlich erhaltene und weitergepflegte nazistische Gehirne kaum bewußt zu sein. Sie reagieren auf jede Kriegsfanfare wie ein alter Kavalleriegaul auf das Trompetensignal. Kein Wunder, wenn „Die Zeit“, ein von der britischen Militärregierung in Hamburg lizenziertes Organ, auf die Argumentation von „Le Monde“ Morgenluft wittert und dem „furor teutonicus“ ungehindert freien Lauf läßt in den Worten:

„Wie bereit wären wir, Seite an Seite mit den französischen Soldaten, Europa gegen einen Angriff zu verteidigen.“

Faselt man hier von einem „Angriff“, so zeigt „Die Zeit“ ihre wahre Absicht wenige Zeilen später, wenn sie schreibt:

„Sobald wir eine Polizei besitzen, die, nach der Bevölkerungszahl berechnet, der Polizei der Ostzone entspricht, können die Westmächte einen russischen Vorschlag auf Räumung Deutschlands getrost annehmen. Sie brauchen sich über das, was dann geschehen wird, kein Kopfzerbrechen zu machen.“

Diese schamlose Art der politischen Spekulation ist das Ergebnis jener amerikanischen Mentalität, die der USA-Imperialis-

mus als erste sichtbare und fühlbare Rate der Marshallplanhilfe nach Deutschland gebracht hat.

Dieser gefährlichen Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands tritt allein die dortige Kommunistische Partei entgegen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien benutzen die Frage der Remilitarisierung zur Geltendmachung von Ansprüchen auf die Herstellung der Souveränität des westdeutschen Separatstaates. Dr. Spieker von der Zentrumsparterie erklärte beispielsweise, daß Westdeutschland die ihm zufallenden Pflichten – die der Remilitarisierung – übernehmen werde, wenn ihm auch die Rechte als Mitglied der Vereinten Nationen eingeräumt werden. Professor Carlo Schmidt von der Sozialdemokratischen Partei bezeichnet den Wert nationaler Armeen als überholt und schwätzt von der Zweckmäßigkeit einer internationalen Wehrmacht. Er fordert die Einbeziehung Westdeutschlands in ein kollektives Sicherheitssystem und will offenbar darüber hinwegtäuschen, daß ein solches System die Bereitschaft aller Großmächte voraussetzt. Schmidt weiß natürlich ganz genau, daß die Bereitschaft zur Zusammenarbeit der Punkt ist, der die Schwierigkeiten bei der Lösung des Deutschlandproblems gebracht hat. Seine Stellungnahme dient darum allein der Irreführung der Werktätigen. Die vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei abgegebene Erklärung ist wesentlich eindeutiger. Sie verneint die Remilitarisierungspläne als nationale, bejaht sie aber als eine westeuropäische Aufgabe. Die sozialdemokratischen Führer werden also die Remilitarisierung Westdeutschlands unter der Leitung der Militärs der westlichen Demokratien in jeder Weise unterstützen. Dabei werden die gegen die Hitlergenerale und alten Militaristen geltend gemachten Vorbehalte völlig bedeutungslos. Der militärische Apparat des anglo-amerikanischen Imperialismus – und um einen Teil dieses Apparates handelt es sich bei der Remilitarisierung Westdeutschlands – wird von den gleichen Gedankengängen beherrscht wie der des Hitlerimperialismus.

Die Politik der USA versucht sich den Verpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen zu entziehen. An die Stelle einer gemein-

samen Entscheidung aller Großmächte soll eine Mächtegruppierung treten, die sich gegen die Sowjetunion und die Festigung der Volksdemokratien richtet. Die Friedensfreunde in aller Welt begrüßen es, wenn die friedlichen und fortschrittlichen Kräfte der USA die Politik ihrer Regierung bekämpfen, um den Einfluß des Monopolkapitals zu beseitigen. Die deutschen Werktätigen haben dagegen die Aufgabe, der Remilitarisierung und Wiederaufrüstung erbittertsten Widerstand zu leisten. Das amerikanische Monopolkapital muß wissen, daß die deutschen Werktätigen die Kriegspläne gegen die Sowjetunion nicht unterstützen, sondern dazu beitragen werden, sie zunichte zu machen. Die deutsche Arbeiterklasse wird sich nicht noch einmal von den Monopolkapitalisten mißbrauchen lassen. Ganz Deutschland wird dem Einfluß des Monopolkapitals entzogen werden. Nur die Demokratisierung und die planvolle Regelung der Wirtschaft in einem einheitlichen Deutschland wird einen dauerhaften Frieden verbürgen.

## Wir gehen entschlossen den Weg Lenins

*Vortrag zum 25. Todestage*

*21. Januar 1949*

Auf dem II. Sowjetkongreß der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken 1924 sagte Stalin:

„Sie haben in diesen Tagen die Wallfahrt Zehntausender und Hunderttausender von Werktätigen zur Bahre des Genossen Lenin gesehen. Bald werden Sie die Wallfahrt der Vertreter von Millionen Werktätiger zum Grabe des Genossen Lenin sehen. Und Sie können dessen sicher sein, daß nach den Vertretern von Millionen die Vertreter von Dutzenden und Hunderten Millionen aus allen Gegenden der Welt aufbrechen werden, um Zeugnis davon abzulegen, daß Lenin der Führer nicht nur des russischen Proletariats, nicht nur der europäischen Arbeiter, nicht nur des kolonialen Ostens, sondern der werktätigen Welt des Erdballs überhaupt war.“<sup>1</sup>

An diese Worte dachte ich, als ich bei meinem Besuch aus Anlaß des 31. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im vorigen Jahre vor dem Mausoleum Lenins auf dem Roten Platz in Moskau stand. In riesigen Quadern aus rotbraunem Marmor türmt sich das Bauwerk in schlichten Linien aufeinander, in dem Wladimir Iljitsch Lenin für alle Zeiten aufgebahrt liegt. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend, im Sonnenschein und Regen, bei sengender Hitze und klirrendem Frost stehen in langen Schlangen die Menschen, Frauen und Männer, Kinder und Greise, aus Georgien, Turkmenien, aus der Ukraine, aus Weißrußland, aus Armenien, aus Usbekistan, aus

<sup>1</sup> J. W. Stalin, „Zum Tode Lenins“; Werke, Bd. 6, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 46.

Karelien, vom Nördlichen Eismeer bis zum Kaukasus, von den Rokitno-Sümpfen bis Wladiwostok, um sich ehrfurchtsvoll vor einem der Größten ihres Volkes zu verneigen. Wer die Liebe und Verehrung in den Augen dieser Menschen einmal gesehen hat, der spürt die Kraft und die Stärke, die durch die Lehre Lenins den Völkern gegeben ist. Lautlos geht ein namenloser Zug von Millionen Jahr für Jahr zum Sarkophag Lenins. In Ergriffenheit schauen sie auf das stille Antlitz mit der mächtigen Stirn, hinter der die Gedanken geboren wurden, die das Gesicht der Erde verändern. Am 21. Januar 1924 schloß Wladimir Iljitsch Lenin für immer die Augen. Die Menschheit war um einen Kopf von wahrhaft säkularer Bedeutung ärmer. Lenin, dessen Name für immer neben Marx und Engels stehen wird, war nur 54 Jahre alt geworden.

Am 22. April 1870 in Simbirsk als Sohn eines adligen Schulinspektors geboren, sehen wir Lenin schon mit 17 Jahren als jungen Studenten der Rechtswissenschaft in Kasan in der revolutionären Bewegung Rußlands. Dort traf ihn bereits die erste Verhaftung und Verbannung. Den Wendepunkt in Lenins Leben hat das Jahr 1887 gebracht, in dem er unwiderruflich den revolutionären Weg betrat. In diesem Jahre wurde wegen Teilnahme an der Vorbereitung eines Anschlages auf den Zaren Alexander III. nicht nur seine Schwester Anna, sondern auch sein Bruder Alexander verhaftet, der dann am 8. Mai 1887 in der Festung Schlüsselburg hingerichtet wurde. Der Tod des Bruders, den er sehr verehrte, war von großem Einfluß auf Lenins Entschluß, den revolutionären Weg zu beschreiten. Aber so groß auch Lenins Verehrung für das Heldentum seines Bruders sein mochte, hielt er doch schon damals den individuell-terroristischen Weg des Kampfes gegen den Zarismus für falsch. Als er von der Beteiligung seines Bruders an der terroristischen Organisation erfuhr, sagte Lenin:

„Nein, wir werden einen solchen Weg nicht gehen. Nicht einen solchen Weg soll man gehen.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> „Wladimir Iljitsch Lenin — Ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens“, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 9.

Trotz aller schikanösen Behandlungen und Verfolgungen an der Universität bestand Lenin mit allen Auszeichnungen 1891 sein juristisches Staatsexamen und ließ sich 1894 im damaligen Petersburg als Rechtsanwalt nieder. In Petersburg widmete er sich seit 1894 der Organisierung der Industriearbeiterschaft. Hier in Petersburg lag nicht nur seine erste, sondern auch seine bedeutendste politische Wirksamkeit, der zu Ehren die frühere Zarenstadt Petersburg heute den Namen Leningrad trägt. Lenin war mit seinen 24 Jahren, als er seine Tätigkeit in Petersburg begann, bereits ein völlig gefestigter, ausgezeichnet gebildeter und der Arbeiterklasse rückhaltlos ergebener marxistischer Kämpfer. In Petersburg arbeiteten damals nur einzelne revolutionäre Zirkel nebeneinander. Diese Zirkel hatten nur eine lose Verbindung untereinander, und die marxistische Lehre bot sich ihnen völlig abstrakt und verschiedenartig dar. Das Erscheinen Lenins verglichen diese einzelnen Zirkelmitglieder mit Recht mit „einer ihren Folgen nach belebenden Gewitterentladung“. Lenin führte diese Gruppen der Petersburger Sozialdemokraten auf den Weg der praktischen politischen Arbeit unter den Massen. Das Auftreten Lenins hatte auf die Petersburger Marxisten einen gewaltigen Einfluß. Der Entwicklung der marxistischen Bewegung stand jedoch jene Volkstümlerrichtung entgegen, der Lenin bald einen vernichtenden Schlag versetzte. In der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)“ wird über diesen Abschnitt der Leninschen Tätigkeit gesagt:

„Ungewöhnlich tiefe Kenntnis der Werke von Marx, die Fähigkeit, den Marxismus auf die ökonomischen und politischen Verhältnisse des damaligen Rußlands anzuwenden, der glühende, unerschütterliche Glaube an den Sieg der Arbeitersache, das hervorragende organisatorische Talent — alles das machte Lenin zum anerkannten Führer der Petersburger Marxisten.“<sup>1</sup>

Hier in Petersburg lernte Lenin 1894 *Nadjeschda Konstantinowna Krupskaja*, eine Lehrerin an einer Sonntagabendschule, kennen, die seit dieser Zeit Lenins engster Freund und Lebens-

<sup>1</sup> „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 23.

kamerad in seiner revolutionären Arbeit bis an das Ende seines Lebens wurde.

In der Nacht zum 9. Dezember 1895 wurde der „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ von den Schergen des Zarismus zerschlagen und ein beträchtlicher Teil seiner Mitglieder verhaftet, darunter auch Lenin. 1897 wurde er dann auf drei Jahre nach Ostsibirien verbannt. Nach Petersburg zurückgekehrt, mußte er bald ins Ausland gehen.

Ende des 19. Jahrhunderts begannen die tiefgreifenden Veränderungen im gesellschaftlichen Leben sich abzuheben. Die kapitalistische Welt trat in eine neue Epoche ein, in die Epoche des Imperialismus. Damit wurden viele Fragen der Strategie und Taktik des Kampfes der Arbeiterklasse vollkommen neu gestellt. In diesen Jahren trat Wladimir Iljitsch Lenin auf, um mit den Lehren von Marx und Engels das Banner des revolutionären Marxismus emporzuheben und vorwärtszutragen. Mit einer kurzen Unterbrechung in den Jahren 1905 bis 1907, während der bürgerlichen Revolution in Rußland, begann nun die Periode der politischen Tätigkeit Lenins im Ausland. Erst die russische Revolution vom März 1917 öffnete Lenin endgültig die Tore seines eigenen Vaterlandes. Am 3. April 1917 kehrte Lenin spät abends nach Petersburg zurück. Der Platz vor dem Finnländischen Bahnhof war von einer begeisterten Menge Arbeiter, Soldaten und Matrosen gefüllt, und Lenin hielt von einem Panzerauto seine erste historische Ansprache in der nun beginnenden Epoche.

Vorher müssen wir jedoch eine Betrachtung der Leninschen Tätigkeit im Exil vornehmen. In den 17 Exiljahren hatte Lenin mit der Schärfe seines Verstandes und der Unerbittlichkeit seiner Logik jene Waffen geschmiedet, die er jetzt im politischen Kampf einsetzte. Was aber war in den 17 Jahren des Exils vor sich gegangen? Nachdem Lenin noch vor seiner Abreise die Voraussetzungen für die Verbreitung einer Zeitung in Rußland geschaffen hatte, reiste er am 16. Juli 1900 ins Ausland. Es begann die Emigration Lenins, die über fünf Jahre dauerte. Lenin schrieb damals die prophetischen Worte:

„Die Geschichte hat uns jetzt die nächste Aufgabe gestellt, welche die *revolutionärste* von allen *nächsten* Aufgaben des Proletariats irgendeines anderen Landes ist. Die Verwirklichung dieser Aufgabe, die Zerstörung des mächtigsten Bollwerks nicht nur der europäischen, sondern (wir können jetzt sagen) auch der asiatischen Reaktion, würde das russische Proletariat zur Avantgarde des internationalen revolutionären Proletariats machen.“<sup>1</sup>

Kaum 50 Jahre sind vergangen, und die hier gestellte Aufgabe ist erfüllt. Auf einem Sechstel der Erde, in der Sowjetunion, in den Volksdemokratien Südosteuropas, im Fernen Osten in China ist das Bollwerk der imperialistischen Reaktion zerschlagen, und die Ideen Lenins haben gesiegt.

Im August 1900 gründete Lenin von der Schweiz aus die Zeitung „Iskra“, das heißt Funke, als Kampforgan einer Gruppe, die im Gegensatz zu der unter den russischen Sozialdemokraten vorherrschenden „ökonomischen“, auf den Lohnkampf eingestellten Richtung den Übergang zur politischen Arbeiterbewegung anstrebte. Am 11. Dezember 1900 erschien die erste Nummer der „Iskra“. Der Leitartikel, „Die aktuellen Aufgaben unserer Bewegung“, war von Lenin geschrieben. Einfach, klar, mit unwiderstehlicher Kraft entwickelte Lenin das Hauptziel der „Iskra“: die Schaffung einer starken organisierten Partei, ohne die die Arbeiterklasse ihre große historische Mission nicht erfüllen kann, sich selbst und das ganze Volk aus der politischen und ökonomischen Versklavung zu befreien. Die spürbare Nähe einer Revolution in Rußland forderte nachdrücklich die Schaffung einer solchen Partei zur Leitung der revolutionären Bewegung, um die Arbeiter und Bauern zum Sturm gegen den Zarismus zu führen. Die Schaffung einer solchen Partei bot in der damaligen Zeit für Rußland allerdings unglaubliche Schwierigkeiten. Die Partei mußte aufgebaut werden im Feuer härtester Verfolgungen durch den Zarismus. Zugleich galt es, die Rückständigkeit und Trägheit der örtlichen Parteiorganisationen zu überwinden und die „Ökonomen“, die sich der Schaffung der Partei mit aller Gewalt widersetzen, zu zerschmettern. Lenin nahm die Durchführung dieser großen Auf-

<sup>1</sup> W. I. Lenin, „Was tun?“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 197.

gabe in Angriff und führte sie zu Ende. In seinem Buch „Was tun?“ hat er ein klares Bild der Situation gezeichnet, in der sich die Tätigkeit der „Iskra“-Anhänger damals entfaltete. In dem genannten Buch schrieb er:

„Wir schreiten als eng geschlossenes, kleines Häuflein, uns fest an den Händen haltend, auf steilem und abgründigem Wege dahin. Wir sind von allen Seiten von Feinden umgeben und müssen fast stets unter ihrem Feuer marschieren.“<sup>1</sup>

Im Mai 1901 veröffentlichte Lenin in der „Iskra“ seinen berühmten Artikel „Womit beginnen?“ In diesem Artikel wurde eine erste Skizze des Leninschen Planes für den Aufbau einer marxistischen Partei gegeben. Die Zeitung war der eigentliche Mittelpunkt für die Entwicklung dieser organisatorischen und theoretischen Pläne. Um die Zeitung bildete sich ein Netz von Vertrauensleuten und Berichterstatern, die sie mit Material versorgten und verbreiteten und so die Verbindung zu den Arbeitern herstellten, denn, so erklärte Lenin,

„die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator“<sup>2</sup>.

Als im März 1902 das Buch „Was tun?“ erschien, zeigte Lenin, daß dem „Ökonomismus“ mit der Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, das heißt der selbsttätigen und automatischen Entwicklung, die größte Gefahr zugrunde liege, die Rolle des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterbewegung herabzusetzen. Die sozialistische Ideologie könne nicht einer spontanen Bewegung entspringen, sondern nur der Wissenschaft. Darum gelte es, ununterbrochen, systematisch und beharrlich gegen die in die Arbeiterklasse eindringenden bürgerlichen Einflüsse zu kämpfen und das sozialistische Bewußtsein in die Arbeiterbewegung hineinzutragen.

„Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben“<sup>3</sup>,

<sup>1</sup> Ebenda, S. 181.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 309.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 194.

schrrieb Lenin in diesem Buche und erläuterte weiter, daß

*„die Rolle des Vorkämpfers nur eine Partei erfüllen kann, die von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet wird“<sup>1</sup>.*

Die historische Bedeutung des Werkes „Was tun?“ besteht darin, daß Lenin in diesem seinem berühmten Buche:

„1. als erster in der Geschichte des marxistischen Denkens die ideologischen Quellen des Opportunismus bis auf den Grund bloßlegte, indem er aufzeigte, daß sie vor allem in der Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung und in der Herabminderung der Rolle des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterbewegung bestehen;

2. die Bedeutung der Theorie, der Bewußtheit, die Bedeutung der Partei als der revolutionierenden und führenden Kraft der spontanen Arbeiterbewegung in all ihrer Größe hervorhob;

3. den marxistischen Grundsatz, daß die marxistische Partei die Vereinigung der Arbeiterbewegung mit dem Sozialismus darstellt, in glänzender Weise begründete;

4. die ideologischen Grundlagen der marxistischen Partei genial ausarbeitete.“<sup>2</sup>

Dieses Buch bildete die Grundlage einer erweiterten Auseinandersetzung.

Lenin betrieb von Genf aus die Einberufung des II. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Rußlands, der dann am 17. Juli 1903 in Brüssel eröffnet wurde. Wegen der Verfolgungen seitens der belgischen Polizei wurde der Parteitag nach London verlegt und dort fortgeführt. Gleich am ersten Tage begannen auf dem Parteitage die erbitterten Kämpfe zwischen den revolutionären und opportunistischen Elementen. Die Leninsche Formulierung des § 1 des Statuts über die Parteimitgliedschaft ging darauf aus, die Aktivität, die Disziplin und das Bewußtsein eines jeden Parteimitgliedes zu heben, die Reinheit der Partei zu wahren und das Eindringen unproletarischer Elemente in sie zu erschweren. Lenin wollte eine solche Partei schaffen, wollte ihre innere Ordnung so organisieren, daß sie nicht den westeuropäischen Arbeiterparteien gleiche, in denen die opportunistische Praxis mehr und mehr em-

<sup>1</sup> Ebenda, S. 195.

<sup>2</sup> „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 49/50.

porwucherte. Auf diesem Parteitag in London erhielt Lenin mit seinen Anhängern die Mehrheit des Parteitages. Von hier aus datiert die Bezeichnung Bolschewiki und Menschewiki. Die Anhänger Lenins, die bei den Wahlen die Mehrheit (bolschinstwo) der Stimmen erhalten hatten, nannte man seitdem Bolschewiki. Die Gegner Lenins, die in der Minderheit (menschinstwo) geblieben waren, nannte man Menschewiki.

Der Kampf beider Gruppen verstärkte sich innerhalb der Partei außerordentlich. Lenin warf sich wieder mit seiner scharfen Feder in den Kampf, und am 6. Mai 1904 erschien sein Buch „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“. Diese Arbeit war eine meisterhafte Analyse des Kampfes auf und nach dem II. Parteitage. Diese Auseinandersetzung zwischen der revolutionären und der opportunistischen Richtung schloß Lenin in seinem Buche mit den Worten:

„Das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation. Das Proletariat, das durch die Herrschaft der anarchischen Konkurrenz in der bürgerlichen Welt gespalten wird, das durch die unfreie Arbeit für das Kapital niedergedrückt wird, das ständig in die Tiefe völliger Verelendung, der Verwilderung und Entartung geworfen wird, kann und wird unbedingt nur dadurch eine unbesiegbare Kraft werden, daß seine ideologische Vereinigung auf Grund der Prinzipien des Marxismus durch die materielle Einheit der Organisation gefestigt wird, die Millionen Werktätiger zur Armee der Arbeiterklasse zusammenschließt. Dieser Armee wird weder die morsche Macht der russischen Selbstherrschaft noch die immer morscher werdende Macht des internationalen Kapitals standhalten.“<sup>1</sup>

Lenin behielt zum zweiten Male Recht. Weder die morsche Macht der russischen Zarenherrschaft noch die immer morscher werdende Macht des Kapitals haben standgehalten. Damit aber ist die Bedeutung dieses Werkes keineswegs erschöpft. Seine historische Bedeutung ist vielmehr in der „Geschichte der KPdSU(B)“ mit den Worten festgehalten:

„...daß Lenin in diesem Werk als erster in der Geschichte des Marxismus die *Lehre von der Partei* ausarbeitete als der führenden *Organisation* des Prole-

<sup>1</sup> W. I. Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“; Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 415.

tariats, als der *Hauptwaffe* in den Händen des Proletariats, ohne die man im Kampfe für die proletarische Diktatur nicht siegen kann“<sup>1</sup>.

Die Jahre des hartnäckigen und erbitterten Kampfes für die Partei und gegen die „Ökonomen“ und „Menschewiki“ gingen siegreich vorüber.

Im Feuer dieses Kampfes hatte Lenin die ideologischen und organisatorischen Grundlagen der bolschewistischen Partei geschmiedet und ihre Kader erzogen. Es waren Zeiten einer schweren Krise. „Jede Krise knickt den einen und stählt den anderen“, sagte Lenin. Neue Prüfungen und neue Kämpfe rückten herauf.

Am 9. Januar 1905 begann in Rußland die Revolution. Lenin stellte die Aufgabe, das Proletariat und die Bauern zu bewaffnen, den bewaffneten Aufstand vorzubereiten und zu organisieren, die revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern im Lande zu errichten.

„Das gewaltige Verdienst Lenins um die russische Revolution besteht darin“, erklärte Stalin, „daß er die Hohlheit der historischen Parallelen der Menschewiki und die ganze Gefährlichkeit des menschewistischen ‚Revolutions-schemas‘, das die Sache der Arbeiter bedingungslos der Bourgeoisie preisgibt, bis auf den Grund bloßgelegt hat.“<sup>2</sup>

Das tat Lenin im Juli 1905 durch sein historisch gewordenes Buch „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“. Lenin zeigte in diesem Buch, daß die bolschewistische und die menschewistische Einschätzung der Revolution, ihres Charakters, ihrer Triebkräfte, ihrer Perspektiven, der Rolle und der Aufgaben des Proletariats in der Revolution radikal auseinandergehen. Als Lenin im November 1905 aus der Emigration nach Petersburg zurückkehrte, stürzte sich sofort eine Meute von Spionen auf ihn, so daß er bereits 1905 gezwungen wurde, in der Illegalität zu leben und sich bald wieder in die Emigration nach Finnland auf Beschluß des Zentralkomitees der Partei zurück-

<sup>1</sup> „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 66.

<sup>2</sup> J. W. Stalin, „Lenin als Organisator und Führer der KPR“; Werke, Bd. 4, S. 277.

zuziehen. Eine Reihe von Städten und Bezirken wurde vom bewaffneten Aufstand erfaßt, aber alle diese Aufstände wurden genau wie der Moskauer mit unmenschlicher Grausamkeit unterdrückt. Der bewaffnete Dezemberaufstand erlitt eine Niederlage, und es begann die Wendung zum allmählichen Rückzug der Revolution. In dieser Periode regte sich der Drang zur Vereinigung zwischen den beiden Gruppen Menschewiki und Bolschewiki. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden waren jedoch noch so stark, daß eine wirkliche Vereinigung niemals zustande kam. Lenin schrieb schon im Oktober 1905 an die Mitglieder des Zentralkomitees:

„Wir dürfen die Politik der Vereinigung *zweier* Teile nicht mit dem *Durcheinanderbringen* beider Teile verwechseln. Zwei Teile vereinigen — einverstanden. Zwei Teile durcheinanderbringen — niemals.“<sup>1</sup>

Hier gilt es, eine Lehre zu ziehen, und die Lehre lautet: Die Vereinigung muß auf dem festen Fundament der ideologischen Übereinstimmung erfolgen, wenn sie von Dauer und Bestand sein soll, und dieses Fundament kann nur die Lehre des Marxismus-Leninismus sein.

In der russischen Revolution von 1905 formulierten die Bolschewiki zum ersten Male in aller Klarheit ihr taktisches Programm und ihre Auffassungen von den nächsten Aufgaben der Arbeiterbewegung. Während die Menschewiki nur mit legalen Mitteln kämpfen wollen, erklärten die Bolschewiki den allgemeinen bewaffneten Aufstand des Proletariats für die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei. Das von Lenin formulierte Ziel lautete: Sturz des Zarismus, Errichtung der Diktatur der Arbeiter und Bauern. Dieser Diktatur stellte Lenin bis 1917 noch die bürgerlich-demokratische Aufgabe voraus, entsprechend den Sätzen des Parteiprogramms von 1903, daß der Kapitalismus eine unvermeidliche Stufe der Entwicklung Rußlands und daher die bürgerlich-demokratische Republik das nächste Ziel der Revolution sei. Der Sozialismus als unmittel-

<sup>1</sup> W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. VIII, Wien—Berlin, S. 329.

bares Ziel der Revolution ist erst im Verlauf der revolutionären Bewegung von 1917 zum entscheidenden Programmpunkt Lenins geworden.

Im Dezember 1907 mußte Lenin von neuem ins Ausland flüchten. 1907 bis 1912 lebte er meistens in Paris. In diesen Jahren der inneren Auseinandersetzung wurde das Ziel der bolschewistischen Partei immer klarer und bestimmter herausgearbeitet. In den erbitterten Auseinandersetzungen innerhalb der russischen Sozialdemokratischen Partei stand Lenin in all diesen Jahren im Mittelpunkt. Die Prager Konferenz der russischen Sozialdemokratie 1912 führte dann zur endgültigen Spaltung und zur Bildung der selbständigen bolschewistischen Partei.

Die Frage des Organisationsverhältnisses der Arbeiterklasse in Europa ist es wert, ein wenig näher in Zusammenhang mit den Werken Lenins betrachtet zu werden. In allen europäischen Ländern stand die Arbeiterklasse bei Beginn der Periode des Imperialismus vor der entscheidenden Aufgabe, die Lehre von der proletarischen Partei zu entwickeln und diese Partei neuen Typus zu organisieren und zu festigen. Diese „klassenbewußte Klassenpartei“, um eine Kennzeichnung dieser Partei durch Engels zu gebrauchen, mußte nicht nur deshalb geschaffen werden, um das Proletariat in der Periode der offenen Zusammenstöße der Klassen, zur Abwehr der Angriffe des Monopolkapitals schlagkräftig zu machen. Vielmehr mußte sie auch geschaffen werden, weil durch den Imperialismus selbst, das heißt durch seine Krisen, Kriege und Revolutionen, die günstigsten Voraussetzungen zu seinem eigenen Sturz durch das Proletariat geschaffen werden.

In keinem westeuropäischen Lande aber hat die Arbeiterklasse aus sich heraus die Kraft zu dieser neuen Organisationsform der revolutionären Arbeiterpartei entwickelt. Der Opportunismus und der Sozialdemokratismus haben diesen Entwicklungsprozeß unmöglich gemacht, und statt einer revolutionären Kampfpartei sind heute die Sozialdemokratischen Parteien in England, Frankreich, Italien, Österreich und Westdeutschland zu willfährigen

Instrumenten in den Händen des amerikanischen Imperialismus heruntergewirtschaftet.

Es ist das große und unvergängliche Verdienst der russischen Arbeiterklasse für die gesamte internationale Arbeiterbewegung, daß sie, unter Leitung Lenins, die richtigen Konsequenzen aus dem Anbruch der neuen Periode für die Organisation der Arbeiterklasse gezogen und die Lehre von der proletarischen Partei neuen Typus entwickelt hat. Am Vorabend des ersten imperialistischen Weltkrieges, das heißt also zu der Zeit, in der die opportunistischen Führer der sozialdemokratischen Parteien Westeuropas schon ganz im Kielwasser der Politik ihrer beutegierigen Bourgeoisie schwammen, wurde 1912 auf der Prager Konferenz der Sozialdemokratischen Partei Rußlands die Partei neuen Typus, die bolschewistische Partei, formiert. Diese Partei neuen Typus war bewußt geschaffen worden als Partei des Kampfes um die Macht. Der Bruch mit dem Opportunismus war vollzogen und die erste Arbeiterpartei geschaffen, deren organisatorischer Aufbau den Anforderungen entsprach, die an eine Arbeiterpartei in der Periode der proletarischen Revolution, in der Periode der direkten Vorbereitung der Kräfte zum Sturz des Imperialismus, zur Machtergreifung durch das Proletariat gestellt werden.

Die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas, unter Führung der Opportunisten, und die Arbeiterklasse Rußlands, unter der Führung der Partei Lenins, sind zwei verschiedene Wege gegangen. Die Geschichte hat den Urteilsspruch gefällt, welcher von beiden Wegen der erfolgreiche und deshalb der richtige Weg gewesen ist. Die Kautsky und Bernstein, Plechanow, Turati und Vandervelde, die MacDonal und Millerand sind abgetreten, neue Vertreter und Verfechter des falschen Weges sind entstanden: die Saragat und Blum, Bevin und Lasky, Schumacher, Renner und Scherff. Aber in keinem Lande, in dem unter Führung dieser Opportunisten die „bürgerlichen Arbeiterparteien“ seit mehr als einer Generation von Sozialismus schwätzen, ist der kapitalistische Staat durch ihr Zutun erschüttert oder die gesellschaftliche Entwicklung durch den Kampf dieser Parteien auch

nur einen Zentimeter weiter an den Sozialismus herangeführt worden.

Obwohl wir die erzielten Errungenschaften in der Ostzone noch keineswegs als Sozialismus bezeichnen, haben wir dagegen der Arbeiterklasse bereits in 3½ Jahren die Straße für den Vormarsch zum Sozialismus freigelegt. Das ist der große Unterschied! Fast über ein halbes Jahrhundert ist die Kampfkraft der unter Führung der opportunistischen II. Internationale stehenden Arbeitermassen vertan und so ein starkes Instrument der Arbeiterklasse schartig und stumpf gemacht worden. Unverrückbar aber und nicht wegzudiskutieren stehen diesem katastrophalen geschichtlichen Mißerfolg der „bürgerlichen Arbeiterparteien“ unter der Führung des Sozialdemokratismus der Sieg der revolutionären Partei Lenins, der Vormarsch aller kommunistischen Parteien gegenüber. Auch heute wieder nach dem Ende des zweiten imperialistischen Krieges hat sich die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung zu entscheiden, um den richtigen Weg für den Sieg ihrer gerechten Sache zu gehen. Wir sind entschlossen, durch unsere Partei die bahnbrechende und siegreiche Lehre Lenins von der proletarischen Partei neuen Typus zu verwirklichen. Die Sozialistische Einheitspartei muß eine revolutionäre Partei sein, ein Instrument in der Hand der Arbeiterklasse zur Vollendung der demokratischen Erneuerung in ganz Deutschland, zu ihrer Überleitung in die Periode der Herrschaft der Arbeiterklasse, ein Instrument zur Sicherung und zum Ausbau der Herrschaft der Mehrheit des Volkes über die ausbeutende Minderheit. Mit der Kraft dieser revolutionären Partei werden wir die neue demokratische Ordnung sichern und weiterentwickeln, die Millionen der werktätigen Massen durch unsere Partei mit Klassenbewußtsein erfüllen, sie an die Verwaltung ihres Staates heranzuführen, sie gegen die Einflüsse der Opportunisten immunisieren, sie selbst zur Um-erziehung der kleinbürgerlichen Schichten befähigen, ihr Bewußtsein vom Werte der eroberten Position in Staat, Wirtschaft und Verwaltung stärken und die Arbeiterklasse im Geiste des revolutionären Kampfes um die Macht erziehen. So wirkt die

umwälzende Kraft des Leninismus auf die deutsche Arbeiterbewegung.

Die Zusammenhänge des Leninschen Gedankengebäudes wären jedoch nur lückenhaft aufgeführt, wollte man nicht jenes geniale Werk Lenins aus dem Jahre 1909 erwähnen, das den Titel trägt „Materialismus und Empirio-kritizismus“. In diesem bedeutsamen Werk kritisiert Lenin die idealistische Philosophie und gibt eine tief-schürfende Darstellung der Erkenntnistheorie des dialektischen Materialismus. Lenin stellt drei Grundsätze der marxistischen Erkenntnistheorie auf:

„1. Die Dinge existieren unabhängig von unserem Bewußtsein, unabhängig von unserer Empfindung, außer uns...

2. Zwischen der Erscheinung und dem Ding an sich gibt es entschieden keinen prinzipiellen Unterschied und kann es einen solchen nicht geben. Einen Unterschied gibt es nur zwischen schon Erkanntem und noch nicht Erkanntem...

3. In der Erkenntnistheorie muß man, ebenso wie auf allen anderen Gebieten der Wissenschaft, dialektisch denken, d. h. unsere Erkenntnis nicht für etwas Fertiges und Unveränderliches halten, sondern untersuchen, auf welche Weise das *Wissen* aus *Nichtwissen* entsteht, wie unvollkommenes, nicht exaktes Wissen zu vollkommenerem und exakterem Wissen wird.“<sup>1</sup>

Und hier sind wir bei unserer Betrachtung an dem Punkt angelangt, der uns erlaubt, das Werk Lenins, die tragenden Pfeiler in seinem Gedankengebäude, klar zu erkennen. Lenins Buch „Was tun?“ war die *ideologische* Vorbereitung einer solchen Partei. Lenins Buch „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ war die *organisatorische* Vorbereitung der Partei. Lenins Buch „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ war die *politische* Vorbereitung der Partei, und Lenins Buch „Materialismus und Empirio-kritizismus“ war schließlich die *theoretische* Vorbereitung der Partei. So erheben sich die Prinzipien des Leninismus auf dem festen und unerschütterlichen Boden der Lehre von Marx und Engels.

Mitten in diese Kämpfe und Entwicklung schlug 1914 der

<sup>1</sup> W. I. Lenin, „Materialismus und Empirio-kritizismus“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 91/92.

Weltenbrand des ersten Weltkrieges. Dieser von der herrschenden Schicht in Deutschland fälschlicherweise als Verteidigungskrieg verhüllte Krieg war kein Verteidigungskrieg, sondern der Ausbruch aller kapitalistischen Widersprüche. Der erste Weltkrieg war hervorgerufen worden durch die imperialistischen Gegensätze, durch den Kampf um die Neuverteilung der Welt, durch den Kampf für die Versklavung fremder Völker und den Raub von Kolonien seitens der größten kapitalistischen Staaten, Deutschland und Österreich-Ungarn einerseits und England, Frankreich und Rußland andererseits. Es war ein imperialistischer, ein Eroberungs- und Raubkrieg auf beiden Seiten. Die Arbeiter und Bauern der kriegführenden Länder wurden im Namen der „Verteidigung des Vaterlandes“ – natürlich des bürgerlichen Vaterlandes – zu einem blutigen Gemetzel gegeneinander gehetzt.

Der Krieg stellte alle Strömungen in der Arbeiterbewegung auf die härteste Probe. Die II. Internationale zerfiel. Die Führer und Leiter der II. Internationale und der meisten sozialistischen Parteien stellten sich, zerfressen vom Opportunismus, auf den Standpunkt der Verteidigung und Unterstützung der imperialistischen Regierungen. In dieser tiefgehenden Krise der sozialistischen Parteien erhob einzig Lenin und die von ihm gegründete und erzogene bolschewistische Partei furchtlos und unerschrocken das Banner des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Mitten im Kriege, am 5. September 1915, gelang es noch einmal, in dem kleinen Schweizer Dorf Zimmerwald, eine Konferenz der linken Minderheiten der sozialistischen Parteien durchzuführen. Lenin zeigte auf der Zimmerwalder Konferenz anschaulich, was wahre revolutionäre Taktik ist und welche Aufgaben die Arbeiterparteien aller Länder für den Frieden zu erfüllen hätten. Er schrieb über die Zimmerwalder Konferenz, daß sie das erste Auftreten des Kerns der linken Sozialdemokraten aller Länder sei. Lenin zeigte sich als ein Titan des revolutionären Denkens und Willens, als er mitten im Kriege damit begann, angestrengt an der Gesamtheit der kompliziertesten Fragen zu arbeiten, an der wissenschaftlichen Aufhellung der neuen historischen Epoche: der Epoche des

Imperialismus. In den ersten Kriegstagen hatte Lenin bereits begonnen mit einem eingehenden und gründlichen Studium der Weltliteratur über Ökonomie, Technik, Geschichte, Geographie, Politik, Diplomatie, Arbeiterbewegung und über die Kolonialfrage sowie andere Gebiete des gesellschaftlichen Lebens der verschiedenen Länder in der Epoche des Imperialismus. Die von Lenin auf Grund dieser Literatur und Quellen gesammelten Studienauszüge bildeten die Grundlage zu dem bedeutendsten und berühmtesten Werk Lenins „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“. Das Ergebnis dieser gewaltigen Arbeit ist eins der größten Werke des Marxismus-Leninismus. Marx hatte im „Kapital“ die Analyse der Grundlagen des Kapitalismus gegeben. Lenin setzte dieses Werk fort in einer allseitigen und erschöpfenden Analyse des Imperialismus als des höchsten und zugleich letzten Stadiums in der Entwicklung des Kapitalismus. Er deckte die Bedingungen seines unvermeidlichen Unterganges auf und bewies, daß der Imperialismus sterbender Kapitalismus ist, daß er der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats ist. Lenin zeigte, daß in der Epoche des Imperialismus alle Widersprüche des Kapitalismus den äußersten Grad der Verschärfung erreichen und daß auf politischem Gebiet für den Imperialismus die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion charakteristisch ist. Die Wahrheit dieser Feststellung haben wir in Deutschland in zwölf Jahren Faschismus am eigenen Leibe verspürt. Haben wir daraus nun schon alle Lehren gezogen? Nein, wir haben sie noch nicht gezogen, aber wir sind dabei, sie zu ziehen. Die Besonderheit dieser Epoche besteht nach Lenin darin, daß der Imperialismus erstens Monopolkapitalismus, zweitens parasitärer oder verfaulender Kapitalismus und drittens sterbender Kapitalismus ist. Das bedeutet natürlich nicht, daß der Kapitalismus von selbst, ohne proletarische Revolution sterben wird. Die Entwicklung des Kapitalismus nimmt einen äußerst ungleichmäßigen, sprunghaften, konfliktgeladenen Charakter an. Der wütende Kampf zwischen den imperialistischen Räubern um Märkte für Warenabsatz und Kapitaleexport, der

Kampf um Kolonien und Rohstoffquellen, spitzt sich zu und führte zu imperialistischen Kriegen um die Neuverteilung der Welt.

Auch hier können wir von der Höhe der Leninschen Ideen die unbestechliche Wahrheit der marxistisch-leninistischen Analysen des Weltgeschehens erkennen, wenn wir auf die politischen Vorgänge unserer Tage blicken und dort die Kämpfe in China, Indonesien und Griechenland sehen, wenn wir den Marshallplan mit seinen Versklavungsabsichten betrachten, wenn wir die Zerreißung Deutschlands und Berlins sehen, wenn wir die Verfassungsmacherei in Bonn beobachten, wenn wir die Versklavungspolitik durch Ruhrstatut und Besatzungsstatut verfolgen, wenn wir die dummen, aber brutalen Strangulierungsversuche der Britischen Militärverwaltung sehen, die die Stimme des Volkes durch die Mundtotmachung von Max Reimann ersticken wollen. Wiederbelebung des Monopolkapitals im Westen Deutschlands, Remilitarisierung der westlichen Besatzungszonen durch Wiedereinsetzung hitlerscher Generäle und SS-Banditen, Förderung der Reaktion allerwegen und Kampf gegen die fortschrittlichen demokratischen Parteien, Währungsunruhen, Kriegs- und Antisowjethetze, das ist die Fratze des Imperialismus in ihrer ganzen Schamlosigkeit.

Aber Lenin gab uns nicht nur den Kompaß für die verschlungenen Wege unserer Tagespolitik, sondern er vermittelte uns auch eine bedeutende Entdeckung unserer Epoche, die das leitende Prinzip für das gesamte weitere Wirken Lenins wurde. Die imperialistischen Kriege schwächen die Kräfte des Kapitalismus und schaffen die Möglichkeit, seine Front dort zu durchbrechen, wo sie sich am schwächsten erweist. Hieraus kam Lenin zu der Schlußfolgerung, daß die alte Formel von Marx und Engels, wonach der Sieg des Sozialismus in einem einzelnen Lande unmöglich sei, daß er nur durch den gleichzeitigen Sieg der proletarischen Revolution in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern möglich sei, den neuen historischen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Diese alte Auffassung hat Lenin durch eine neue Formel ersetzt, wonach der Sieg des Sozialismus in einem einzelnen Lande mög-